



Umstritten...

...sind die Produktionsbedingungen der Ersti-Beutel.

Hochschulpolitik - S. 2

Unsichtbar...

...ist die Vergangenheit der NS-Zwangsarbeit in Leipzig.

Leipzig - S. 4

Ungewiss...

...ist der Sanierungsstart des alten Leipziger Schwimmstadions.

Reportage - S. 10

Uns gibt's
auch
online:

www.luhze.de



GLOSSE

Barfuß-Faschos

Hurra, es geht wieder los! Zweieinhalb Wochen vor Erscheinen dieser Zeitung hat der Stadtrat zum ersten Mal in seiner neuen Zusammensetzung getagt. War ein bisschen wie erster Schultag: Ein Chor singt, der Direktor hält eine Rede, man schaut einen Film und hat früher Schluss. Der Unterschied ist, dass hier gewählte Extremisten politische Entscheidungen treffen dürfen. Die AfD gibt sich handzahn und stellt erstmal den Antrag, mehr Barfußwege in den Leipziger Parks einzurichten. Für so inhaltslose Anträge muss man bei der AfD noch dankbar sein. Wobei, nein, da war noch ein anderer Antrag: Begrüßungsgeld für Neugeborene. Aber nur für die Richtigen, also die mit deutscher Staatsbürgerschaft. Zum Glück hat da nur ein einsamer Freier Sachse mitgestimmt. Die Sahara-Wagenknecht-Jünger haben sich sicherheitshalber enthalten. Apropos, sind die jetzt eigentlich zu weit links oder zu weit rechts? Langsam verliert man den Überblick über die ganzen Demokratiefeind*innen in politischen Ämtern. Und wo wir gerade davon sprechen: Herzlichen Glückwunsch nachträglich zur Kanzlerkandidatur, Friedrich Merz.

ik

Wir greifen zu den Wörtern Hochschuljournalismus startet in die nächste Runde



Nach dem Messeranschlag von Solingen im August wurde eine verstärkte Debatte über den Umgang mit Waffen geführt. Auf unseren Themaseiten 8 und 9 werfen wir einen Blick auf das momentan geltende Waffenrecht in Deutschland. Auch in aktuellen kriegerischen Auseinandersetzungen sind Waffen allgegenwärtig. Wie ein Leipziger Kollektiv Spenden für antifaschistische, anarchistische und LGBTIQ+ Soldat*innen an der ukrainischischen Front sammelt, erfährt ihr auf Seite 12.

Migration ist nicht das Problem

Wenn Asylrecht mit Terrorismusrisiko verwechselt wird

Am 23. August verübte ein 26-jähriger Mann einen Messeranschlag auf einem Stadtfest in Solingen. Drei Menschen haben dabei ihr Leben verloren. Der mutmaßlich terroristische Anschlag, den der IS einen Tag später für sich reklamierte, hinterließ Schock, Wut, Trauer und die Frage: Wie gehen wir damit um?

Eine Woche später reagierte die Ampel mit einem Sicherheitspaket, das nicht nur eine Verschärfung des Waffenrechts, sondern auch in der Asylpolitik vorschlägt. Am 4. September bezeichnete CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz den „irregulären Zugang von Migrant*innen“ als „das eigentliche Problem“. Am 11. September verlangte die Union beim „Migrationsgipfel“ Maßnahmen zu konsequenter Abschiebung. Am

16. September wurden die Grenzkontrollen auf alle deutschen Grenzen ausgeweitet. Am 19. September schlug Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) die Abschaffung des Asylrechts vor. Am 20. September forderte Bundesfinanzminister Christian Lindner Zurückweisungen an deutschen Grenzen und ein „Überwinden von Denkverboten“ als Ziel der Koalition.

Die Enttabuisierung in der Antimigrations-Rhetorik scheint viele wahnsinnig zu freuen. Endlich darf man aussprechen, was schon ewig stört: Zuwanderung. Es ist plötzlich sogar salonfähig, das EU- und Asylrecht in Frage zu stellen. Die Zusammenhänge zwischen dem Vorfall in Solingen und dieser „massiven Kehrtwende“, wie sie Bundeskanzler Scholz bezeichnete, verschwimmen immer mehr.

Klar ist, dass der mutmaßliche Täter in der Debatte von Anfang an vor allem eins war: Asylsuchender.

Da vergisst man leicht, dass das Problem nie Migration oder gar Asylrecht hieß, sondern Terrorismus und Islamismus. Wenn jemand im Namen seiner Ideologie Menschen tötet, hat das andere Gründe als seine Herkunft. Migration und Islamismus sind nicht gleichzusetzen. Anstatt beides richtig zu benennen, vermischen Regierungs- und Oppositionspolitiker*innen im Kampf um die AfD-Wählerschaft nach Herzenslust die Begriffe – und verhalten sich damit nicht nur unsachlich und unverantwortlich, sondern bestätigen auch die Programme rassistischer Parteien.

Aus dem Umstand, dass der mutmaßliche Täter den Anschlag

bei vollzogener Abschiebung nicht hätte begehen können, wird die Konsequenz gezogen, mit Aufnahmeerleichterung gegen Terrorismus vorzugehen. Diese Paulschalisierung trifft Menschen, die in vielen Fällen selbst vor Islamismus und Terrorismus fliehen mussten.

Damit löst sich das Problem nicht. Terrororganisationen machen sich nicht von Migrationspolitik abhängig. Sie hören durch Abschiebemaßnahmen nicht auf, Angriffspläne zu verbreiten. Es ist ihnen egal, ob die angesprochenen Menschen Migrationshintergrund haben. In einem taz-Interview erzählt Thomas Mücke, Experte für Gewaltprävention, dass in seiner Beratungsarbeit Geflüchtete nur einen sehr kleinen Teil ausmachen.

Was es braucht, sind Terroris-

mus- und Islamismusprävention. Der Anschlag in Solingen war schrecklich. Vieles muss nun besprochen werden: Ob Sicherheitsbehörden besser ausgestattet werden müssen, und, wie man die Radikalisierung in sozialen Netzwerken verhindert. Wie man die Integration von Migrant*innen verbessern und Asylverfahren beschleunigen kann. Wer sich wie CSU-Chef Markus Söder keine Sorgen um Terrorismus macht, sondern nur „kulturell überfordert“ fühlt, sollte darüber nachdenken, wie Fluchtursachen von Menschen, die sich hier sicher genauso „kulturell überfordert“ fühlen, reduziert werden können. Klimaschutz, Überwindung des Neokolonialismus und Kampf gegen Terrorismus wären ein guter Anfang.

Elisa Pechmann

MELDUNGEN

Leben

Zum Start des Wintersemesters 2024 hat das Studentenwerk Leipzig das Projekt „Raum.Teiler“ gegen Wohnungsnot eingeführt. Die Initiative soll den rund 6.000 neuen Studierenden dabei helfen kurzfristig ein Zimmer zu bekommen, wie das Studentenwerk mitteilte. Neben neuem Wohnraum trägt das Projekt zum Generationenaustausch bei, denn leerstehende Räume von Leipziger*innen allen Alters sollen übergangsweise gegen die Wohnungsnot helfen. Für alle Beteiligten birgt die Initiative Vorteile: Sie können so zeitweise ihre Miete reduzieren oder werden im Haushalt unterstützt. Momentan ist das Projekt bis Ende 2026 angesetzt. Es werden fortlaufend Bürger*innen mit freien Zimmern gesucht.

Lernen

Für den dualen Studiengang Hebammenkunde sowie alle Weiterbildungen und Forschungen rund um die Hebammenwissenschaft ist im August dieses Jahres das Institut für Hebammenkunde in Leipzig gegründet worden. Bereits im Sommersemester 2021 wurde der duale Studiengang Bachelor of Science Hebammenkunde ins Leben gerufen und hat vor kurzem die Akkreditierung erhalten, wie die Universität Leipzig mitteilte. 2013 legte die Europäische Union fest, dass die Hebammenausbildung künftig an Hochschulen erfolgen soll und nicht wie bisher im Rahmen einer Berufsausbildung. Im September 2019 verabschiedete die Bundesregierung dann den dazugehörigen Gesetzesentwurf.

Leiden

Armut und Wohnkostenbelastung unter Studierenden steigen weiter an. Der Freie Zusammenschluss von Student*innenschaften (fzs) teilte mit, dass laut Daten des Statistischen Bundesamtes nun mehr als drei von vier allein oder in WGs lebenden Studierenden von Armut betroffen seien. Innerhalb von zwei Jahren stieg der Anteil der von Wohnkosten überbelasteten Studierenden dabei von 56,6 auf 60,5 Prozent an. Laut Rahel Schüssler, Referentin für Bafög und studentisches Wohnen des fzs, seien Mietkosten die Hauptbelastungsquelle Studierender. Ein Nebenjob sei bereits jetzt für mehr als ein Drittel der Studierenden die wichtigste Einkommensquelle. Das Bafög reicht für viele Studierende nicht zum Leben. Niklas Röpke, Vorstandsmitglied des fzs, plädiert: "Ein Vollzeitstudium ist ein Vollzeitjob. Das Bafög muss dem eklatanten Bedarf nach einer ausreichenden Ausbildungsförderung angepasst werden."

hk

Ausbeutung oder gute Zusammenarbeit?

Darum ist die Produktion der Ersti-Beutel umstritten

Wer kennt sie nicht: Die geliebten Beutel mit allerlei wichtigen Geschenken – unter anderem der letzten *luhze*-Ausgabe – die allen Erstsemester-Studierenden der Universität Leipzig pünktlich zum Semesterstart zur Verfügung gestellt werden. Im Oktober werden diese „Ersti-Beutel“ wieder vom Student*innenrat (Stura) der Universität Leipzig verteilt. Doch ganz so einfach war das dieses Jahr nicht – beinahe wären die neuen Studierenden mit leeren Händen nach Hause gegangen.

Das Thema bereitet schon länger Probleme: Die etwa 6.000 Beutel werden von der Universität Leipzig bestellt und vom Stura verteilt, so die Einigung. Die Universitätsleitung arbeitet dabei schon seit Jahren mit dem Kulturfalter, einem Verlag aus Halle, zusammen der die Lindenwerkstätten der Diakonie Leipzig in Schkeuditz für das Packen und die Aufbewahrung der Beutel beauftragt. So weit, so gut – wäre da nicht die Tatsache, dass in den Werkstätten Menschen mit Behinderung arbeiten, die keinen Mindestlohn für ihre Arbeit bekommen, sondern nur etwa zwei Euro pro Stunde. Der Stura kritisiert dies seit drei Jahren als „Ausbeutung“, so Stura-Vertreterin Lone Bettin, und plädiert für eine

Produktion der Beutel unter besseren Bedingungen.

In einem Beschluss vom Mai 2023 bat der Stura die Universität um Neuverhandlung des Vertrages mit dem Kulturfalter. Weil danach aber immer noch dieselben Werkstätten unter denselben Arbeitsbedingungen die Beutel packten, beschloss der Rat im Juni, diese nicht auszuteilen, wenn die Bedingungen dieselben bleiben würden. Die Universitätsleitung weist die Verantwortung von sich: „Die Universität Leipzig hat für die Befüllung der Erstsemesterbeutel nie direkt eine Behindertenwerkstatt beauftragt“, heißt es aus der Pressestelle.

Der Kulturfalter reagierte überrascht auf den Beschluss des Stura. Man hätte dort „bedauerlicherweise“ wenig vom Konflikt mitbekommen – müsste nun aber die Konsequenzen des Beschlusses tragen und sehr kurzfristig die Produktion der Beutel umstellen, erklärt Mitarbeiter Martin Große. Studierende übernahmen dieses Jahr also die Befüllung der Beutel und erhielten dabei den Mindestlohn. Wegen der schnellen Umstellung konnte der Kulturfalter keinen finanziellen Gewinn machen, dafür sei es aber schneller und „überraschend sehr gut“ gelaufen. Die Studierenden arbeiteten drei Tage an der Befüllung,

wogegen in den Vorjahren zwei Wochen in der Diakonie nötig gewesen waren.

Über die Arbeitsbedingungen in den Lindenwerkstätten ist Große zwiespalten: „Ich halte es für den falschen Ansatz, die Zusammenarbeit mit der Diakonie einzustellen.“ Denn es gebe für die Firma große Vorteile in dieser Kooperation, unter anderem, dass die Beutel am selben Ort gelagert und gefüllt werden. „Ich kann aber die Kritik zum Teil verstehen, es ist klar, das System muss reformiert werden“, sagt Große.

In der Werkstatt ist die Stimmung ganz anders. „Hier wird niemand ausgebeutet“, sagt Fred Umlauf, Leiter der Werkstätten, und bedauert dabei vor allem eins: Der Stura habe die Einladungen abgelehnt, die Werkstatt zu besuchen und sich die Lage vor Ort anzuschauen. „Wir wissen, dass es nichts bringen wird, sie sind in diesem zweiten Arbeitsmarkt-System gefangen“, sagt Bettin dazu.

Darauf erwidert Umlauf: Die Lindenwerkstätten seien keine klassischen Erwerbsarbeitseinrichtungen, sondern berufliche Rehabilitationseinrichtungen. Ihr Auftrag bestehe darin, Menschen mit Behinderung bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu helfen. Die Debatte um eine Einführung

des Mindestlohns ist Umlauf nicht unbekannt: „Es wäre natürlich sehr schön, aber es gibt auch Nachteile. Wenn die Mitarbeiter*innen der Werkstatt den Mindestlohn erhielten, könnten ihnen wichtige Sozialhilfen gekürzt werden.“ Das Thema sei komplexer, als der Stura es darstelle, vor allem „zu weit entfernt von der Realität“.



Das Packen der Ersti-Beutel haben dieses Mal Studierende übernommen.

Foto: StuRa Leipzig

Der Stura beharrt darauf, dass die Arbeitsbedingungen, unter denen die Beutel hergestellt werden, sich ändern müssen: zwei Euro pro Stunde seien zu wenig. In diesem Jahr konnten die Ersti-Beutel gesichert werden – wie es weitergeht, wird im November verhandelt.

Laure Péan & Isabella Klose

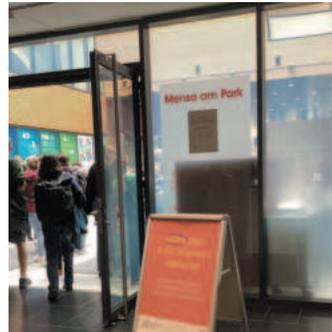
Teurer Teller

Preiserhöhung in den Mensen des Studentenwerks

Gutes und günstiges Essen für Studierende – das versprechen viele Mensen. Ein Angebot, dem laut einer Studie des Deutschen Studierendenwerks viele nachkommen: Studierende essen im Schnitt dreimal pro Woche in der Mensa. Auch die acht Mensen und sieben Cafeterien der Universität Leipzig sind gut besucht: Allein in der Mensa am Park gehen täglich bis zu 6.500 Essen über die Theke. Hier können die Studierenden zwischen mehreren warmen Gerichten wählen, darunter mindestens ein vegetarisches. Hinzu kommen Salate sowie Pasta-, Wok- und Grillgerichte.

Am 1. August sind dort die Preise gestiegen. Die letzte Preiserhöhung gab es in Leipzig vor rund fünf Jahren, am 1. Oktober 2019. Die Speisen sind in fünf Kategorien klassifiziert, denen die Buchstaben von A bis E zugeordnet werden. Das System ordnet Essen mit gleichen oder ähnlichen Herstellungskosten, so Michael Mohr, Sachgebietsleiter für Kommunikation des Studentenwerks. Für Studierende bleiben die Erhöhungen moderat: Bei den betroffenen Gerichten liegt der Aufschlag zwi-

schen 10 und 75 Cent: Pizza Premium, Hauptkomponente Premium, Kategorie D und Kategorie E. Eine Premium-Pizza kostet nun 2,95 statt 2,50 Euro (18 Prozent mehr). Der Preis für eine Premium Hauptkomponente (zum Beispiel Seitan „Sauerbraten“) stieg von 1,75 auf 2,05 Euro



Andrang gibt es in der Mensa am Park trotzdem. Foto: ct

(rund 17 Prozent mehr). Für ein Gericht der Kategorie D (zum Beispiel Köttbullar mit Süßkartoffelpüree) zahlen Studierende 3,70 statt 3,05 Euro (21,31 Prozent mehr) und für ein Gericht der Kategorie E 4,10 statt 3,35 Euro. Der Preis für einen kleinen Salat stieg um 10 Cent auf 1,70 Euro. Mohr begründet die selektive Preiserhö-

hung mit dem Einsatz „preisintensiverer Lebensmittel“ und dem überdurchschnittlichen personellen Aufwand.

Von den Preisanpassungen sind nicht nur Studierende betroffen: Beschäftigte der Hochschulen und des Studentenwerks zahlen bei fast allen Gerichten 0,10 bis 1,10 Euro mehr. Noch teurer wird es für Gäste – hier steigen die Preise um 0,60 bis 1,20 Euro. Laut Mohr orientiere man sich bei der Preisgestaltung an anderen öffentlichen Versorgern, etwa staatlichen Kantinen. Dass die Studierenden weniger belastet werden, liegt an dem Zuschuss, den der Freistaat an das Studentenwerk zahlt. Dieser, so Mohr, sei speziell „zur finanziellen Unterstützung der Studierenden gedacht“. Ein Großteil des Semesterbeitrags, den die Studierenden zahlen, fließe auch in den Mensabetrieb.

In einer Pressemitteilung des Studentenwerks begründet Geschäftsführerin Andrea Diekhof die Anpassung mit „inflationbedingten Preissteigerungen bei Wareneinsatz, Energie, Instandhaltung und Personal.“ Die Zuschüsse des Freistaates seien zwar

gestiegen, dennoch seien die zur Verfügung stehenden Mittel begrenzt, so Mohr.

Laut Statistischem Bundesamt bleibt die Inflation auf hohem Niveau: 2023 lag die Inflationsrate bei 5,9 Prozent. Die Preise für Nahrungsmittel sind 2020 um rund 33 Prozent gestiegen, mit einem starken Preisschub von Anfang 2022 auf 2023. Seitdem ist das Preisniveau eher stabil. Auch die Industriestrompreise stiegen seit 2020 an, erreichten 2022 ihren Höchststand und sanken danach wieder. Die Löhne in der Systemgastronomie sind in 2023 in allen Tarifgruppen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Für Studierende in finanzieller Notlage gibt es seit 2023 über die Sozialberatung „Freitisch-Gutscheine“. Auf den Ausweis wird ein Guthaben von 100 Euro geladen, mit dem in den Mensen bezahlt werden kann. Eine Anpassung des Guthabenwertes für 2024 sei laut Mohr nicht geplant, da die Budgetplanung immer im Vorjahr erfolge. Die Planung für das kommende Jahr sei aber „noch nicht abgeschlossen.“

Amelie John

Zwischen Europäisierung und Halbbildung

25 Jahre Bologna-Reform in der Bilanz

Die Stadt Bologna hat viele Kosenamen. Unter anderem firmiert sie als „La Dotta“ („die Gelehrte“), nicht nur wegen ihrer rund 85.000 Studierenden als Universitätsstadt, sondern auch aufgrund der unterschiedlichen Kapitel Hochschulgeschichte, die dort geschrieben wurden. Da ist zum einen die Universität Bologna zu nennen, die 1088 gegründet wurde und damit die älteste Institution dieser Art in Europa ist. Zum anderen fanden sich 29 Bildungsminister*innen europäischer Staaten im Juni 1999 in der Aula Magna der Universität zusammen und unterzeichneten die Bologna-Erklärung. Gerade Letzteres prägt die heutige Hochschulstruktur. Ein Vierteljahrhundert nach der Erklärung ergibt sich eine gemischte Bilanz.

Internationalisierung des Studiums

Zu den Kernzielen der Reform gehören die Einführung eines zweistufigen Studienzyklus, eines ECTS-Kreditpunktesystems, die Vereinfachung der Anerkennung von Studienleistungen und -abschlüssen, Mobilitätsförderung der Studierenden und Hochschulangehörigen sowie die europäische Zusammenarbeit in der Qualitätssicherung. Ziel war die Harmonisierung des europäischen Hochschulwesens. „Die Bologna-Erklärung war eine Initiative, die Freiheitsgewinne mit sich bringen sollte: nämlich internationalen Austausch. Insgesamt hat die Reform die internationale Verständlichmachung von Studienabschlüssen erheblich erleichtert“, sagt Peer Pasternack, Direktor des Instituts für Hochschulforschung Halle-Wittenberg.

Momentan studieren rund 130.000 deutsche Studierende im Ausland und etwa 460.000 internationale Studierende lernen derzeit an deutschen Hochschulen. Im Rahmen des Bologna-Prozesses wurde 2011 ein Mobilitätsziel festgelegt, wonach mindestens 20 Prozent aller Hochschulgraduierten eines Jahrgangs bis 2020 studienbezogene Auslandserfahrungen gesammelt haben sollen. Deutschland hat diese Zielquote in 2020 mit 17,1 Prozent nicht erreicht, wobei man jedoch über dem Durchschnitt der EU von 13,5 Prozent lag. Außerdem sollte bis 2020 jede*r zweite Hochschulabsolvent*in studienbezogene Auslandserfahrung gesammelt haben und jede*r dritte Hochschulabsolvent*in einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt

von mindestens drei Monaten oder 15 ECTS-Punkten vorweisen können. Mit rund 23 Prozent, beziehungsweise 21 Prozent wurde auch diese Zielsetzung deutlich verfehlt.

Organisierte Halbbildung

„Internationale Mobilität ist etwas, das sich kaum jemand leisten kann“, sagt Clara Gutjahr vom Kollektiv *Organisierte Halbbildung*. Zusammen mit vier weiteren (ehemaligen) Studierenden hat sie im Frühjahr den Sammelband „Organisierte Halbbildung. Studieren 20 Jahre nach der Bologna-Reform“ herausgegeben. Darin thematisieren 41 Autor*innen in ihren Beiträgen die gegenwärtigen Studienbedingungen in der „neoliberalen Universität“, die vor allem durch die Bologna-Reform geprägt sind. Dabei gehe es den Herausgeber*innen nicht nur um einen sozialwissenschaftlich-analytischen Blick auf die derzeitigen Hochschulstrukturen. „Wir haben auch einen politischen Anspruch“, sagt Gutjahr und ergänzt: „Es geht darum, auf die Lebensrealitäten von Studierenden aufmerksam zu machen. Diese sind in der Regel eine recht unsichtbare Gruppe.“ Zudem sei es ein Anliegen gewesen, herauszuarbeiten, welche Probleme durch Bologna bedingt sind und welche nicht, sagt Moritz Richter, Mitherausgeber des Sammelbands.

In der Tat sind im Rahmen des Bologna-Prozesses selbst strukturell nur grobe Rahmenvorgaben formuliert. Zudem ist die Bologna-Deklaration eine rechtlich nicht bindende Absichtserklärung. Erst wenn die formulierten Ziele in die nationalen Hochschulgesetze übertragen werden, sind sie für die Hochschulen rechtlich bindend.

Verschulung und Leistungsdruck

Bestand das Studium vor der Bologna-Reform vorwiegend aus einzelnen Vorlesungen, Seminaren oder Übungen, aus denen Studierende relativ frei wählen konnten, ist das Studium nach der Reform durch eine Abfolge von Modulen charakterisiert. Als Folge ist das Studium stärker strukturiert, was vor allem durch die studienbegleitenden Prüfungen bedingt wird: Jedes Modul soll mit einer Prüfung abgeschlossen werden.

„Insgesamt traut man Studierenden

wenig zu“, sagt Gutjahr. Am Ende gehe es nur um die Leistungsüberprüfung. Als Folge der größeren Prüfungsmenge entstehe ein großer Leistungsdruck, meint auch Paul Steinbrecher, Sprecher der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften (KSS), und spricht in dem Zusammenhang von einer „Mental Health-Krise“ der Studierenden. Wie eine Erhebung der Techniker Krankenkasse aus 2023 zeigt, hat sich der Anteil der Studierenden, die sich häufig gestresst fühlen, von 23 Prozent (2015) auf 44 Prozent (2023) fast verdoppelt. „Man hat diesen Leistungsdruck und muss sich gleichzeitig darum kümmern, was man später mit dem Abschluss macht oder ob man noch fünf Praktika dranhängen muss. Das prägt die persönliche Einstellung und erfordert viel Kraft und Privilegien“, fasst Richter die Situation vieler Studierender zusammen. Jedoch: Eine Pflicht zur Einführung von Anwesenheitspflichten oder zur Benotung jeder Prüfung ist in den Bologna-Deklarationen nicht explizit festgeschrieben.

Zweigliedrigkeit des Studiums

Einhergehend mit der Bologna-Reform wurde das Studium nicht nur modularisiert, sondern auch die Stufung der meisten Studiengänge verändert. Vor der Reform bestand das Studium in Deutschland nur aus einer Stufe: Nach in der Regel neun Semestern wurde ein Diplom- oder Magister-Abschluss oder ein Staatsexamen angestrebt, wobei es letzteres im Lehramtsstudium nach wie vor gibt.

„Das Bachelorstudium eröffnete die Option, dass man eine überschaubare biografische Etappe absolviert und trotzdem einen Abschluss vorweisen kann“, sagt Peer Pasternack. Das heißt, ob man noch einen zweiten Abschluss macht, kann jede*r Student*in auch später entscheiden. Es besteht aber die Möglichkeit, zunächst einen Beruf aufzunehmen. Dies sei auch die Erwartung der Ministerialbürokrat*innen gewesen, meint Pasternack. Wenn die Studierenden erstmal das Bachelor-Studium absolviert haben und zum größten Teil erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt gelandet sind, dann würde es relativ wenige geben, die zusätzlich ein Masterstudium absolvieren. Die Erwartung sei gewesen, dass man dauerhaft eine Verteilung von Bachelor- und Masterabsolvent*innen von ungefähr 70 zu 30 Prozent erreicht.

Wie das statistische Bundesamt mitteilt, lag jedoch 2020 die Übergangquote vom Bachelor- zum Masterstudium an Universitäten bei rund 66 Prozent. Laut Pasternack, habe sich das Beschäftigungssystem in der Vergangenheit nicht als besonders aufnahmefähig für Bachelorabsolvent*innen erwiesen. „Viele Arbeitgeber möchten gerne Leute haben, von denen man erwarten kann, dass sie nicht nur ein ‚verschultes‘ Bachelorstudium haben, sondern sie möchten solche, die mit offenen Situationen umgehen und Alternativen abwägen können – und die vor allem ein bisschen älter sind“, sagt er.

Neues Studieren?

Wie Clara Gutjahr und Moritz Richter vom Kollektiv *Organisierte Halbbildung* betonen, hätten auch sie kein Patentrezept zur Lösung aktueller Probleme in der Hochschulorganisation. Jedoch sehen die beiden mögliche Änderungen der Prüfungsordnungen als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. „Schriftliche und mündliche Prüfungen fördern Bulimie-Lernen und sind für den Kompetenzerwerb nicht besonders wirksam“, findet auch Pasternack. Für eine kreative Gestaltung von Lehre brauche es demnach Prüfungsformen, die beispielsweise die Bewertung von semesterbegleitenden Gruppenresultaten ermöglichen. Dadurch werde zum einen der Prüfungsdruck am Ende eines Semesters erheblich reduziert und zum anderen könnten positive didaktische Effekte erzielt werden. Steinbrecher stimmt dem zu, ergänzt jedoch, dass diese nicht zu versteckten Anwesenheitspflichten führen dürfen. Dadurch entstehe eine massive Unvereinbarkeit von Studium und Privatleben. Generell sieht Steinbrecher derzeitige Defizite im deutschen Studiensystem nicht nur als Resultate der Bologna-Reform. Allgemein würden Hochschulen mehr Geld und weniger Abhängigkeit von Drittmitteln benötigen: „Der extreme Wettbewerb zwischen Hochschulen muss aufhören. Bildung darf keine Ware sein“, so der Sprecher der KSS.

Eric Binneböfel

Dies ist eine gekürzte Textfassung.
Den kompletten Artikel gibt es auf
www.luhze.de

Anzeige

Sail Shipped COFFEE ♦ Golden NUGGETS ♦ Real vegan BURGERS ♦ Loaded FRIES ♦ Heavenly DESSERTS

Probieren
GEHT ÜBER STUDIEREN



SWING
Kitchen
PETERSSTRASSE 39

MELDUNGEN

Erstaufführung

Am 19. September vermeldete die Stadt Leipzig die Entdeckung eines Mozart-Stückes in den Beständen der Stadtbibliothek. Die „Ganz kleine Nachtmusik“, ein zwölfminütiges Werk bestehend aus sieben kurzen Sätzen, hat Wolfgang Amadeus Mozart wohl in seiner Jugend komponiert und ist als Abschrift von etwa 1780 erhalten. Uraufgeführt wurde das Stück von einem Streicher-Trio bestehend aus Vincent Geer (Violine), David Geer (Violine) und Elisabeth Zimmermann (Violoncello) von der Musikschule Leipzig „Johann Sebastian Bach“.

Elefanten-Eklat

Die Tierschutzorganisation Peta berichtete Mitte September von einer Whistleblower-Meldung über den Leipziger Zoo. Dort seien Elefanten von einem Pfleger misshandelt worden. Konkret habe der Pfleger den Tieren blutige Wunden mit dem Elefantenhaken zugefügt und eine Elefantenkuh mit einer Steinschleuder beschossen. Ebenfalls habe er gegen interne Vorschriften des Zoos verstoßen, denn der Aufenthalt im Gehege gemeinsam mit den Tieren sei nicht erlaubt. Peta fordert nun eine „schnelle Aufklärung“ und „mögliche personelle Konsequenzen.“ Die LVZ berichtete dazu, der Leipziger Zoo habe auf Anfrage erklärt, dass es nicht zur vorsätzlichen Gefährdung des Tierwohls gekommen sei oder Verletzungen verursacht worden seien. Ein „dienstliches Fehlverhalten“ habe es allerdings gegeben; solches werde grundsätzlich intern aufgearbeitet.

Endstation

Im September führte die Leipziger Polizei zum zweiten Mal eine Woche zur Drogenerkennung im Straßenverkehr durch. Im Ergebnis wurden laut Angaben der Polizei 2.024 Fahrzeuge angehalten, im Zuge dessen 107 Blutproben angeordnet und sechs Führerscheine eingezogen. Über hundert Verstöße wegen Alkohol- oder Drogenkonsums wurden dabei festgestellt. Polizeipräsident René Demmler resümierte, dass Verursacher registrierter Verkehrsunfälle zunehmend unter dem Einfluss von Drogen stünden. Die Kontrollen fanden an drei Tagen statt und wurden durch Beamte aus anderen Bundesländern und dem Zoll, sowie Einsatzkräfte aus Polen, den Niederlanden und der Schweiz unterstützt.

Caroline Tennert

NS-Zwangsarbeit

Das (fast) unsichtbare Verbrechen

Zwischen 1939 und 1945 arbeiteten circa 75.000 Zwangsarbeiter*innen in Leipzig. Vielen Orten der Zwangsarbeit sieht man ihre Vergangenheit nicht an. Hinweise auf die Opfer fehlen vielerorts.

Wenn man an die Verbrechen des Nationalsozialismus denkt, dann denkt man zunächst an die industrielle Tötung der Jüdinnen und Juden in Auschwitz Birkenau und den anderen Vernichtungslagern, an die Konzentrationslager (KZ) und die „Vernichtung durch Arbeit“. Wie weit Zwangsarbeit auch abseits der großen Konzentrationslager hinaus verbreitet war, ist vielen nicht bewusst.

Neben KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen gab es in Leipzig vor allem zivile Zwangsarbeiter*innen, die aus ganz Europa unter falschen Versprechungen, mit Hilfe von Drohungen oder der direkten Anwendung von Gewalt nach Deutschland geholt wurden. Was es bedeutete Zwangsarbeiter*in zu sein, hing davon ab, zu welcher der drei Gruppen man gehörte. In der Behandlung der Zwangsarbeiter*innen unterschied man außerdem nach der nationalsozialistischen Rassenideologie sowie Geschlecht und Ausbildung. Daneben spielten auch zufällige Fakto-

ren eine Rolle, vor allem, wo man arbeitete, und wem man unterstellt war.

So wurde im System der zivilen Zwangsarbeit ein holländischer, das heißt „arischer“ Mann, der gut ausgebildet war und Glück mit seiner Arbeitsstelle hatte, besser versorgt und konnte sich freier bewegen als eine unausgebildete osteuropäische Frau, ganz zu schweigen von Jüdinnen und Juden. Aber auch wenn die Unterschiede im Einzelnen groß sind, lassen sich doch viele Gemeinsamkeiten zwischen den Zwangsarbeiter*innen ausmachen. So waren die allermeisten von ihnen in überfüllten Unterkünften untergebracht und litten unter Krankheiten, Schädlingsbefall, Mangelernährung, der Auszehrung durch die schwere und übermäßige körperliche Arbeit und der direkten Gewalt durch Aufseher*innen und Vorgesetzte.

Die circa 75.000 Zwangsarbeiter*innen waren in mehr als 700 Unterkünften über ganz Leipzig verteilt. Die Art der Unterbringung reichte von Barackenlagern, ungenutzten Gasthöfen bis hin zu privaten Unterkünften. Auch die Arbeitsplätze waren sehr unterschiedlich. So wurden Zwangsarbeiter*innen sowohl in der Industrie als auch



Gedenkstätte für Zwangsarbeit in Leipzig auf dem ehemaligen Gelände der HASAG Foto: Leon Tiemeier

in Handwerksbetrieben und sogar als Haushaltshilfen eingesetzt. Die allermeisten von ihnen mussten jedoch in der Rüstungsindustrie arbeiten. Allein die Hugo-Schneider-Aktiengesellschaft (HASAG), die während des zweiten Weltkriegs vor allem Panzerfäuste herstellte, beschäftigte über 10.000 Zwangsarbeiter*innen. 1944 wurde in unmittelbarer Nähe der Produktionsstätten das größte Frauenaußenlager des Konzentrationslagers Buchenwald errichtet. Daneben existierten in Leipzig und dem Umland noch fünf weitere Außenlager des Konzentrationslagers.

Heute sieht man bis auf einige, wenige Ausnahmen, kaum etwas von der einst all-

gegenwärtigen Zwangsarbeit in Leipzig. In der Vergangenheit mussten häufig die Opfer und ihre Angehörigen auf die Anerkennung und Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen drängen. Leipzig bildet dabei keine Ausnahme. So kam es erst im Jahr 2001, nachdem eine Gruppe ehemaliger Zwangsarbeiter*innen in den Neunzigerjahren Leipzig besuchte, zur Gründung der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig. Die Gedenkstätte befindet sich auf dem ehemaligen Firmengelände der HASAG. Führungen vor Ort und in einzelnen Stadtteilen erinnern an das Verbrechen der Zwangsarbeit und das Schicksal der Opfer in Leipzig.

Leon Tiemeier



Ein kleiner Stadtbezirk im Südosten Leipzigs hat in diesem Jahr sein 700-jähriges Jubiläum. Vom 30. August bis zum 1. September 2024 wurde der Geburtstag Mölkaus gefeiert. Im Jahr 1324 wird das Dorf Mölkau erstmalig urkundlich erwähnt. Hier übertrug der Meißner Markgraf Friedrich dem Leipziger Thomaskloster ein Stück Ackerland als Geschenk. Unter dem Namen Mylkowe wurde diese Schenkung in einer Urkunde festgehalten. Der ursprüngliche Name Mylkowe ist slawischen Ursprungs und geht auf den Personennamen Milk zurück. Mylkowe bedeutet etwas wie „das, was Milk besitzt“. Ursprünglich war das Gut der Sitz des Adelsgeschlechts „von Milkau“. Mölkau, das heute an Anger-Crottendorf und das Gründerzeitviertel Stötteritz grenzt, hatte damit seinen ersten Namen bekommen. Der

Ortsname veränderte sich über die Jahrhunderte. Vor allem im 19. Jahrhundert erlebten auch Infrastruktur und Stadtbild einen Wandel. Bei der Völkerschlacht in Leipzig 1813 wurden zum Beispiel das Herrenhaus und der Gutspark Mölkau stark zerstört. Noch heute erinnern der Apellein auf dem Bergfriedhof und eine Gedenktafel an die hier Verstorbenen. Die Gedenktafel war ursprünglich aus Bronze gefertigt. 2012 wurde sie von Unbekannten gestohlen. Die neue Gedenktafel ist aus Granit und befindet sich am Platz ihrer Vorgängerin im Friedenspark nahe der russischen Gedenkkirche.

Zum Ende des Jahrhunderts veränderte die zunehmende Industrialisierung die zuvor nahezu ausschließlich ländlich geprägte Infrastruktur. Insbesondere der Bau der Eisenbahnstrecke Leipzig-Chemnitz

begünstigte die Entwicklung Mölkaus zu einem Industriestandort.

Mölkaus Zugehörigkeit veränderte sich im Laufe seiner 700-jährigen Geschichte. Ab 1552 war Mölkau der Grundherrschaft des Rates zu Leipzig angehörig. Bis 1856 gehörte es zum Kreisamt Leipzig, ab 1856 zum Gerichtsamt Leipzig I und ab 1875 zur Amtshauptmannschaft Leipzig, dann zum Landkreis Leipziger Land. 1934 schlossen sich das Zweinaundorf und Mölkau zusammen – die Benennung des neuen Gebiets erfolgte nach dem kleineren, aber industriell stärkeren Mölkau. Erst am 1. Januar 1999 erfolgte die Eingemeindung Mölkaus in Leipzig.

Mölkau erlebte einen starken industriellen Aufschwung, war aber lange vor allem landwirtschaftlich geprägt. Obwohl Mölkau nicht weit vom Zentrum entfernt ist, fühlt sich der Stadtteil im Vergleich zu seinen



Mölkau bei Nacht Foto: Maritta Singer

Grenzbezirken kaum großstädtisch an. Etwa 5.900 Menschen leben dort. Darunter vor allem Familien und ältere Menschen. Der Altersdurchschnitt liegt bei 51 Jahren. Mit den Buslinien 72 und 73 gelangt man im Handumdrehen in diesen grünen und beschaulichen Kosmos eines kleinen Dorfes im Leipziger Osten.

Hannah Marlene Göschel

700 Jahre Mölkau

FÜR DICH NUR DIE HÄLFTE!

50% Ermäßigung* für Studierende
auf unser komplettes Kursangebot.

*Ab 10 Euro Kursgebühr. Weitere Ermäßigungsbedingungen findet Ihr in unseren AGB §4 auf vhs-leipzig.de/rechtliches/agb

Sprachen,
Fitness,
Kreativkurse
u. v. m.

www.vhs-leipzig.de



„Praktischer Naturschutz ist unsere Berufung“

Im Gespräch mit dem NABU Leipzig

Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) ist ein ehrenamtlicher Verein mit lokalen Gruppen in der ganzen Bundesrepublik. Die Mitglieder des NABU arbeiten fast ausschließlich ehrenamtlich, zum Teil in Vollzeit und übernehmen viele Aufgaben im Bereich des praktischen Naturschutzes. So auch René Sievert. Er ist 52, Vorsitzender der Leipziger Gruppe, Mitglied im Landesvorstand Sachsen und im Bundespräsidium. luhze-Redakteur Conn Heijungs hat mit ihm über die Arbeit und Struktur des NABU und über aktuelle Herausforderungen in der Naturschutzarbeit geredet.

luhze: Herr Sievert, Sie engagieren sich seit 1992 im NABU und machen inzwischen im Vorstand auf allen regionalen Ebenen mit. Können Sie mir erläutern, wie sich die Aufgabengebiete des NABU unterteilen?

René Sievert: Dafür kann man unsere Abkürzung als Gedankenstützen verwenden. Eigentlich steht NABU ja für Naturschutzbund Deutschland. Aber man kann es auch in Naturschutz, Artenschutz, Biotoppflege und Umweltbildung übersetzen. Im Grunde genommen sind das die Säulen auf denen der NABU steht. Unser Slogan „Naturschutzmacher“ betont, dass praktischer Naturschutz unsere Berufung ist. Wir sind halt kein Protestverein. Wir seilen uns nicht von Schornsteinen ab oder kleben uns an Straßen. Unser Anliegen ist es, ganz praktische Dinge für die Natur zu tun, manchmal auch nur kleine Dinge.

Welche dieser Bereiche sind Ihnen besonders wichtig?

Mir ist der Aspekt der Umweltbildung besonders wichtig. Bildung ist generell ganz wichtig, damit Menschen informiert entscheiden und diskutieren können. Aber über die ökologischen Zusammenhänge wissen die Entscheidungsträger unserer Gesellschaft leider meist viel zu wenig. Es fehlt das Bewusstsein, dass es um unsere natürlichen Lebensgrundlagen geht. Und ein besonderer Fokus des NABU ist der Biodiversitätsschutz. Das ist ein bisschen Alleinstellungsmerkmal des NABU in der Szene der Umweltverbände. Sie haben häufig Anliegen wie menschliche Gesundheit, Schadstoffe, Klima oder Verkehrswende. Das sind alles ehrenhafte Anliegen, die wir auch bearbeiten, aber eben



Der NABU hat den Kiebitz zum Vogel des Jahres 2024 erklärt.

Foto: Pexels

mehr hintergründig. Unser besonderer Fokus ist es, immer mit Blick auf die Biodiversität zu arbeiten. Natürlich haben wir eine Klimakrise und eine Krise der Umweltverschmutzung, aber eben auch eine Biodiversitätskrise. In Expertenkreisen heißt es oft, wie wir mit der Klimakrise umgehen, wird bestimmen, wie wir in Zukunft auf diesem Planeten leben können. Aber sie sagen auch, wie wir mit der Biodiversitätskrise umgehen, wird bestimmen, ob wir auf diesem Planeten leben können. Wir müssen also das Artensterben in den Griff kriegen.

Wenn Sie über praktischen Naturschutz und Umweltbildung reden, wie werden diese Aufgabengebiete vom NABU angegangen?

Die praktische Arbeit in Schutzgebieten empfinde ich als den angenehmen Teil der Naturschutzarbeit. Die Betreuung von Wiesen, mähen, Kopfweiden schneiden, Nisthilfen betreuen oder eben auch Wiederverwässerungsprojekte. Mit Blick auf naturbasierter Klima- und Artenschutz wird gerade das, die Wiederherstellung von Feuchtgebieten, immer wichtiger. Zum Teil geht das auch Hand in Hand mit der Umweltbildung und das macht auch sehr viel Spaß, wenn man zum Beispiel Exkursionen für interessierte Menschen organisiert. Aber wir machen auch „klassische Umweltbildung“. Wir gehen also in Klassenzimmer, arbeiten mit Schulen und Kindergärten und haben eigene Kinder- und Jugendgruppen. Unsere Jugendorganisation ist, wie der

NABU auch, der mitgliederstärkste Verein in diesem Bereich. Sie kann eigene Akzente setzen, sorgt aber auch für Nachwuchs in den Arbeitsbereichen des NABU.

Gibt es auch einen Teil, der nicht so viel Spaß macht?

Ja, natürlich. Der NABU ist ein staatlich anerkannter Naturschutzverband. Das gibt uns Klagebefugnis bei bestimmten Beteiligungsverfahren. Im Endeffekt werden unsere Stellungnahmen häufig ignoriert. In manchen Fällen kommt es auch dazu, dass der NABU juristische Schritte ergreift. Wenn es aber gelingt, politischen Einfluss zu nehmen, ist das auch sehr positiv. Dazu gehört, dass man versucht, Kontakte zu Entscheidungsträgern zu halten. Zusätzlich zu dieser Organisationsstruktur haben wir eine fachliche Säule. Das ist eine Besonderheit des NABU. Wir haben viele Freizeitfachleute und auch Profis, die sich in Fachausschüssen organisieren. Und da gibt es auch welche, die auf lokaler Ebene aktiv sind, und die, die sich zu Landesfachausschüssen oder Bundesfachausschüssen zusammenschließen. Das ist ein bisschen unser Erbe aus der DDR-Zeit. Der NABU wurde ja in Sachsen gegründet, kurz nach der Wende und ist im Grunde eine DDR-Organisation. Naja, unsere Fachsäule kommt eben aus dem Kulturbund der DDR und ist ein wichtiger Teil unserer Arbeit, weil wir fachlich fundiert, naturwissenschaftlich basiert argumentieren und strategisieren. Andere, zum Beispiel emotionalere Argumente sind natürlich auch

zulässig. Unsere Motivation ist es aber, naturschutzfachlich und naturwissenschaftlich informiert zu handeln.

Wie ist die Arbeit des Vereins saisonal strukturiert? Gibt es bestimmte Hochzeiten?

Ja, da gibt es ein festes Schema. Im Frühling, aber auch im Herbst werden zum Beispiel Blühflächen besät. Dann kommt die Amphibienwanderung, die wir begleiten und sichern. Wir erfassen Populationsgrößen und beobachten die Laichgewässer. Dann kommt die Vogelbrutzeit und später im Frühling machen wir auch Brutvogelkartierungen. Im Sommer geht es dann mehr um Fledermäuse. Da versuchen wir auch, einen Überblick über das Artenspektrum zu bekommen. Außerdem geht es im Sommer viel um Insekten, und im Herbst dann mehr um Landschaftspflege. Zum Beispiel starten wir dann Müllsammelaktionen. Zur Vogelbrutzeit gibt es zusätzlich unsere Wildvogelhilfe. In dieser Gruppe kümmert man sich tatsächlich um bedürftige Individuen, nicht um die Habitate. Pro Jahr betreuen wir ungefähr 300 Vögel, viele davon Stockenten. Parallel dazu läuft unsere Hautflügler-Beratung, die Menschen im Umgang mit Bienen, Wespen und Hornissen berät.

Wo sehen Sie aktuell die größten Probleme des NABU?

Das sind sicherlich der gesellschaftliche Wandel und die rechtlichen Änderungen. Unter den Stichworten „Beschleunigung“ und „Bürokratieabbau“ ändert sich die rechtliche Lage zunehmend so,

dass Bürgerbeteiligung immer weiter erschwert wird. Manchmal wird das so dargestellt, als ob die Naturschutzvereine an den aktuellen Problemen unserer Infrastruktur schuld sind. Das ist natürlich Quatsch. Wir greifen sehr selten zu juristischen Mitteln und sind noch viel seltener dazu in der Lage, naturschädliche Projekte zu stoppen.

Und eben der gesellschaftliche Wandel. „Weltverbesserer“ oder „Gutmensch“ werden ja schon als Schimpfwörter gegen solche benutzt, die sich für ihre Mitmenschen, soziale Belange oder das Gemeinwohl einsetzen. Das führt zu Frust im Verein. Manche ziehen sich zurück, bearbeiten Dinge, die kontrolliert werden können. Das geschieht dann im kleineren Rahmen des praktischen Naturschutzes. Andere meinen, so gehe es nicht weiter und wir müssten uns radikalisieren – so Richtung Letzte Generation oder Ende Gelände. Und dann gibt es neue strategische Überlegungen. Dass man halt direkt an die Wirtschaft und Landwirtschaft tritt und im Gespräch versucht herauszufinden, was die Leute freiwillig für den Naturschutz leisten könnten und wozu sie bereit wären.

Wie können Interessierte den NABU Leipzig unterstützen?

Es gibt organisierte Exkursionen, aber häufiger verbinden wir die Events mit praktischen Aufgaben. Da geht man zum Beispiel Sträucher pflanzen, Wiesen mähen oder Nistkästen pflegen. Da kann man jederzeit gerne dazukommen und unterstützen oder sogar richtig einsteigen. Als ehrenamtliche Non-Profit-Organisation leben wir natürlich von Spenden. Das finde ich immer bewundernswert, wenn Menschen trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage so ihren Teil beitragen. Im Grunde kann eine Mitgliedschaft über den Mitgliedsbeitrag so wirken. Der ist zwar gering, da wir aber so viele Mitglieder haben, lässt sich damit eine gewisse Grundausstattung finanzieren. Fast noch wichtiger ist aber das Signal des gesellschaftlichen Rückhalts. Unsere Mitglieder bieten uns eine Argumentationsgrundlage, zum Beispiel vor der Stadtverwaltung. Deshalb sind wir über jedes Mitglied dankbar, ob sie bei allen Aktionen dabei sind oder uns über den Mitgliedsbeitrag unterstützen und Rückhalt signalisieren.

Mehr BAföG, flexibleres BAföG

Länger studieren oder ein Fachrichtungswechsel ohne Einschränkungen beim BAföG – das wird jetzt einfacher. Außerdem steigt das BAföG um 5%! Und das Wichtigste: Egal wie viel BAföG du bekommst – mindestens die Hälfte ist in jedem Fall geschenkt, der Rest ist ein zinsloses Darlehen!



Jetzt Antrag
digital stellen!



Symbolpolitik auf der Eisenbahnstraße

Ein Statusbericht über Leipzigs Waffenverbotszone

Die Waffenverbotszone auf der Eisenbahnstraße soll nach sechs Jahren abgeschafft werden. Der Prozess ist schleppend und zieht sich seit 2021. Wie der Name bereits verrät, gibt es in Waffenverbotszonen, die deutschlandweit etabliert sind, besondere Auflagen für bestimmte Arten von Waffen. Die Polizei erhält Befugnisse, unter anderem ausgeweitete Kompetenzen für sogenannte „verdachtsunabhängige Kontrollen“. Konkret sind Schusswaffen, Messer bis zu einer bestimmten Größe und bestimmter Art, sowie als gefährlich eingestufte Gegenstände, von Elektroschockgeräten bis hin zu Schraubenschlüsseln und Hämmern, verboten.

Eingeführt wurde die Waffenverbotszone 2018, „um die Sicherheit der Anwohnerinnen und Anwohner zu erhöhen und den Kriminalitätsschwerpunkt einzudämmen“, so die Polizei Sachsen. Grundlage dafür waren unter anderem die zu dem Zeitpunkt veröffentlichten

Kriminalitätsstatistiken, aus denen hervor ging, dass es ein erhöhtes Kriminalitätsaufkommen in dem Bereich um die Eisenbahnstraße gab. Seit der Etablierung der Waffenverbotszone wurden die Fortschritte immer wieder evaluiert.

Im März 2021 erklärte das sächsische Oberverwaltungsgericht den Erlass der Waffenverbotszone aufgrund von einem „Fehlen einer polizeirechtlichen Gefahr“ für unwirksam. In einer Pressemitteilung ging das Gericht

insbesondere darauf ein, dass kein Grund besteht, Gefahrenprognosen auf die Eisenbahnstraße und nicht die umliegenden Bereiche zu beziehen.

Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen vor Ort warnen davor, dass durch solche Gefahrenprognosen migrantisch geprägte Stadtteile aktiv kriminalisiert und so stigmatisiert werden. In einem Statement gegenüber *luhze* bestätigte die Polizei Leipzig, dass „die Waffenverbotszone nicht die erhoffte Wirkung“ hatte und „ein wirklicher Veränderungsprozess



In diesem Gebäude soll die neue Polizeidienststelle einmal entstehen. Foto: Meta Erdmann

hinsichtlich der allgemeinen Kriminalitätsentwicklung“ nicht stattfand.

Seit dem Urteil des Verwaltungsgerichts hat sich wenig verändert. Das Thema wird immer wieder diskutiert. Die über den Zeitraum hinweg amtierenden

sächsischen Innenminister zeigten sich zögerlich in der Umsetzung. Der derzeitige Innenminister Armin Schuster (CDU) hat die Abschaffung der Zone an die Bedingung geknüpft, eine neue Polizeidienststelle auf der Eisenbahnstraße einzurichten. Hierfür ist nun ein weiterer Evaluationsbericht in Auftrag gegeben, der bis 2026 ermitteln soll, welche Strategie zur Kriminalitätsprävention in dem Bereich sinnvoll ist. Eine baldige Lösung ist also nicht in Sichtweite.

Das Errichten der neuen Poli-

zeidienststelle ist mit vielen Herausforderungen verbunden. Zunächst war es schwierig, ein Grundstück zu akquirieren, das sich hierfür eignet und bei dem sich die Eigentümer*innen bereit erklären, es zu vermieten. Inzwischen wurden Räume an der Ecke

Hermann-Liebmann-Straße hierfür eingerichtet. Die Polizei Leipzig sieht die neue Polizeidienststelle als Möglichkeit, um so genannte „bürger-nahe Polizeiarbeit“ zu leisten, durch die dann für Anwohner*innen und Gewerbetreibende Ansprechpersonen zur Verfügung gestellt werden sollen. Aus dem Viertel gibt es allerdings Stimmen und Initiativen, wie die Kampagne „Eisifüralle“, die sich gegen die hohe Polizeipräsenz aussprechen und diese nur als Weiterführung der bisherigen Strategie sehen.

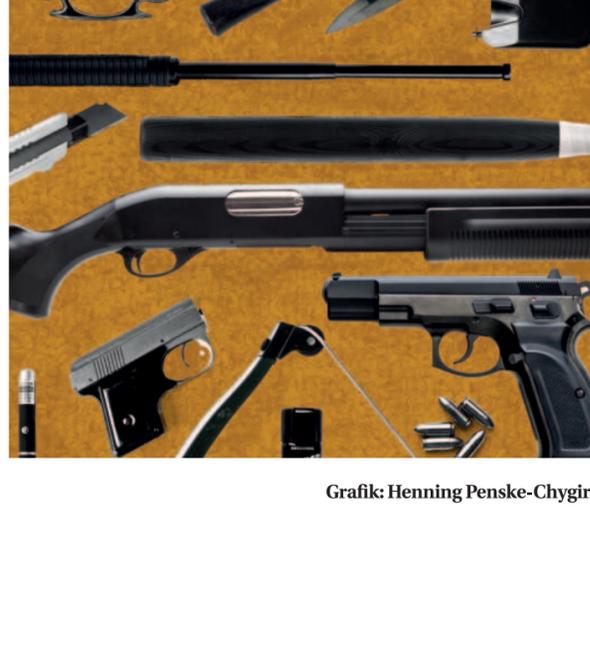
Nach der Messerattacke im August in Solingen und den darauffolgenden bundesweiten Forderungen nach strikteren Waffenverboten ist das Thema sehr präsent. Sowohl Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), als auch Wirtschaftsminister Robert Habeck (Die Grünen) sprachen sich für ausgeweitete Waffenverbotszonen aus, während es aus der Opposition vermehrt Gegenargumente gibt.

Die grundlegende Frage ist, wie erfolgreiche Kriminalprävention gelingen kann, wenn nicht durch Verbote. Die sächsische Landtagsabgeordnete der Linken, Juliane Nagel, hebt hierbei die Relevanz sozialer Projekte hervor, die als Alternative für weitere Polizeiwachen dienen könnten. Sie bezeichnet den Konflikt als Symbolpolitik und fordert, ursachenorientiert zu arbeiten, indem insbesondere jungen Menschen bessere Bildungschancen geboten werden und Armut bekämpft wird.

Meta Erdmann

Waffen

Ob Faszination oder Abscheu: Waffen lösen bei Menschen unterschiedlichste Gefühle aus.



Grafik: Henning Penske-Chygir

Wie waffenarm ist Deutschland?

Das deutsche Waffenrecht und seine Schwächen im Visier



Vom Grundsatz her ist das Waffenrecht in Deutschland streng. Foto: Pixabay

kommen?

Das geht nicht nur durch den Kauf im Darknet, sondern auch über das frei zugängliche Internet oder über Messengerdienste. Das Bundeskriminalamt (BKA) geht beim Waffenhandel im In-

ternet von einer hohen Dunkelziffer aus. Ein Großteil der Waffen wird dem legalen Markt durch die Polizei oder illegale Umbauten entzogen. Außerdem werden viele Waffen international geschmuggelt, oft aus ehemaligen

An einem grauen Samstagvormittag betreten ein Freund und ich den Schützenverein in der Hans-Driesch-Straße in Leipzig. Da wir nicht Mitglied im Verein sind, wird eine Stunde Schießen für uns zur kostspieligen Angelegenheit: 17 Euro Vereinsgebühr, 30 Euro für 15 Patronen Munition und sechs Euro für die ausgeliehene Waffe – das macht über 50 Euro pro Person. Zudem bekommen wir einen „Aufpasser“ an die Seite gestellt, der uns anleitet und Tipps gibt. Das ist rechtlich vorgeschrieben, denn wer keine Genehmigung zum Gebrauch einer Waffe hat, darf nicht allein schießen. Ist logisch, denn wer noch nie eine Waffe in der Hand hat, weiß natürlich nicht, wie damit umzugehen ist.

Geschossen wird mit einer 223 Remington SL 8. Eine „gelle Waffe“, wird uns gesagt. Im Schützenverein wird sie als „Wanderhure“ bezeichnet, da im Prinzip jeder mal damit geschossen hat. Produziert wurde sie damals für die Bundeswehr, allerdings unter einer merkwürdigen Bedingung. „Damals gab es noch den sogenannten Ansehensparagrafen im Waffengesetz [bis 2003 § 37 WaffG, Anm. d. Red.]. Schusswaffen durften dadurch nicht Aussehen wie Waffen“, erklärt uns unsere Aufsicht. Die SL 8 ist deshalb in einem grauen Farbton gehalten, hat eine merkwürdige Öffnung für den Daumen und sieht durch den plastischen Look

Kriegs- oder Krisengebieten. Abgesehen davon gibt es laut BKA auch illegale selbst gebaute und 3D-gedruckte Waffen. Wenn der offizielle Weg gegangen wird, muss man einen Antrag auf Waffenbesitz bei der zuständigen Waffenbehörde stellen. Dies kann – je nach Bundesland – beispielsweise das Ordnungsamt, die Polizei oder die Stadtverwaltung sein.

Der Verfassungsschutz gibt Informationen über die mutmaßliche Rechtsextremität von Waffenbesitzer*innen nicht an die Waffenbehörden weiter. Deshalb sind in Deutschland rund 1000 Personen, die als rechtsextrem eingestuft wurden, legal im Besitz einer Waffe, berichtet das gemeinnützige Investigativmedium Correctiv im Jahr 2023.

Am 12. September wurde im

Die Hand am Gewehr

Zu Besuch in einem Schützenverein



Die beschriebene Waffe, hier in einer schwarzen Ausführung Foto: wikipedia

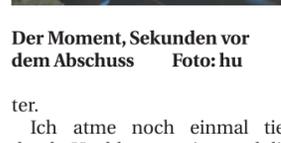
eher aus wie eine Spielzeugwaffe.

Wir schießen von einem erhöhten Holzvorsprung aus durch eine Art Fenster. Ich lege mich auf den Bauch leicht seitlich hinter das Gewehr. Auf einem kleinen Holzgestell wird die Gewehrspitze abgelegt, der hintere Teil wird durch ein Sandsäckchen fixiert. Dieses kann man nach Belieben kneten, um das Gewehr in die optimale Position zu bringen. Durch das am Gewehr befestigte Zielrohr kann ich die Scheibe erkennen, die wir vorher in genau 100 Metern Entfernung aufgehängt haben. „Es ist wichtig, dass man keinen schwarzen Rand erkennt, wenn man durch das Rohr schaut“, wird mir erklärt. Indem ich meinen Kopf minimal vor bzw. zurückbewege, habe ich irgendwann den perfekten Blick auf das Ziel ohne Sichteinschränkungen. „Dies ist dann die optimale Position, um zu zielen“.

Nun wird die SL 8 vorbereitet. Zunächst fülle ich fünf Patronen in das Magazin. Dieses wird dann in den Magazinschacht geführt, bis es einrastet. Daraufhin ziehe ich den

Ladehebel bis zum Anschlag zurück und lasse ihn vorschnellen. Nun ist das Gewehr geladen. Abschließend entsichere ich es, indem ein kleiner Hebel von S („safe“) auf F („fire“) gestellt wird. Das Gewehr ist schießbereit.

„Bei solchen Gewehren ist es ein bisschen schwieriger, den Abzug zu betätigen“, wird uns erklärt. Um einen guten Schuss abzugeben, sollte man deshalb nicht ruckartig den Abzug durchdrücken, sondern den Daumen langsam nach hinten bewegen, während man zielt. Irgendwann wird dann genug Druck ausgeübt, dass der Schuss losgelöst wird. „Wenn man sich durch das Geräusch erschrickt, hat man alles richtig gemacht“, meint unser Beglei-



Der Moment, Sekunden vor dem Abschuss Foto: hu

ter. Ich atme noch einmal tief durch. Hochkonzentriert und die Scheibe im Blick bewege ich langsam meinen Daumen am Abzug entlang. Nach ungefähr fünf Sekunden, die sich aufgrund der elektrisierenden Stille

anföhlen wie zwei Minuten, macht es dann WUMM. Trotz Gehörschutz hat mich der laute Knall überrascht, auf Höhe der Scheibe sehe ich fast zeitgleich, wie sich Sand aufwühlt. Es gibt kaum einen Rückstoß, nur leicht hat die Waffe gegen meine Schulter gedrückt. Ich atme laut aus, schaue kurz in die Ferne, und wiederhole das Prozedere.

Was an dem Besuch auffällt, ist die freundschaftliche Atmosphäre. Jeder kennt jeden, man begrüßt sich und schwatzt ein paar Worte. Und das Wichtigste, man respektiert sich untereinander, egal wie gut oder schlecht ein Schütze ist. Die Klientel besteht zum Großteil aus älteren Menschen. Es gibt einige Jäger oder auch Menschen, die beim Bund waren. Aber ich lerne auch Miriam kennen, die gerade erst volljährig wurde. „Ich gehe zum Schießen, um meine Konzentrationsfähigkeit zu verbessern“, erzählt sie. Miriam hat ADHS, und so kann ihr der Schießsport helfen.

Am Ende frage ich mich: Was hat mir das gerade gegeben? Einmal vom moralischen Aspekt abgesehen, welchen jeder mit sich selbst ausmachen muss, hatte das schon eine angenehme und befriedigende Methodik: Die Ruhe vor dem Schuss, das Kribbeln nach dem lauten Knall, die Zufriedenheit, wenn man ins Schwarze getroffen hat. Auf Dauer würde mir aber wahrscheinlich die Abwechslung fehlen.

Hannes Ulrich

schafflicher Mitarbeiter an der Juristenfakultät der Universität Leipzig, erklärt, Deutschland habe eines der strengsten Waffengesetze weltweit. „Anlass für weitreichende Verschärfungen sehe ich angesichts der aktuellen Ereignisse nicht“, sagt er. Zwar könnten punktuelle Verschärfungen sinnvoll sein, doch er sieht eher ein Problem in der Unübersichtlichkeit des Waffenrechts. Es müsse dringend überarbeitet werden, um Rechtssicherheit für die Bürger*innen zu schaffen.

Wie Zahlen des Nationalen Waffenregisters zeigen, gibt es bundesweit momentan fast eine Million Privatpersonen, die legal eine Waffe besitzen. Das ist jede 90. Person in Deutschland. 2021 waren es noch etwa 12.000 mehr. Um in Deutschland eine Waffe besitzen zu dürfen, müs-

sen Personen neben der Volljährigkeit bestimmte Kriterien erfüllen. Das legt das Waffengesetz fest. Sie müssen nach Paragraph 5 des Waffengesetzes „zuverlässig“ sein, was zum Beispiel bedeutet, dass keine Gewaltverbrechen oder Verbindungen zu extremistischen Organisationen vorliegen dürfen. Außerdem ist die persönliche Eignung nach Paragraph 6 des Waffengesetzes entscheidend. Personen mit psychischen Erkrankungen oder Drogenabhängigkeit werden dadurch ausgeschlossen. Der sichere Umgang mit einer Waffe muss durch eine Prüfung oder Ausbildung nachgewiesen werden. Zudem ist eine Haftpflichtversicherung erforderlich, die Schäden in Höhe von einer Million Euro abdeckt.

Ein weiteres Kriterium ist der

Nachweis eines Bedürfnisses für den Waffenbesitz, beispielsweise durch die Tätigkeit als Jäger*in, Mitgliedschaft in einem Sport-schützenverein oder Waffensammeln. Dieser Nachweis muss alle fünf Jahre erneuert werden, die Erlaubnis zum Waffenbesitz ist abgesehen davon aber unbefristet.

Auf diesem Weg sind derzeit bundesweit rund fünf Millionen Waffen legal registriert. Das unabhängige Forschungsprojekt Small Arms Survey aus Genf gibt an, dass in Deutschland 2017 etwa 15,8 Millionen legale und illegale Schusswaffen in Privatbesitz waren. Umgerechnet auf die Einwohnerzahl Deutschlands besitzt demnach jede 5. Person eine Waffe – legal aber nur jede 17. Person.

Wie können so viele Menschen auf illegalem Weg an eine Waffe

Berlin den Kubotan an mögliche Wähler*innen. Das ist ein circa 15 Zentimeter langer spitzer Metallstift. Verfassungsrechtler Brade bewertet dies kritisch: „Eine Vielzahl wissenschaftlicher Studien zeigt, dass privater Waffenbesitz nicht zu mehr Sicherheit führt“.

Im internationalen Vergleich wird deutlich: Nicht nur Deutschland strebt eine schärfere Regulierung des Waffenmarktes an. Auch in Wales, Großbritannien, wurden jüngst die Waffengesetze verschärft, um der steigenden Messerkriminalität entgegenzuwirken. Dort wurden bereits spezifische Regelungen eingeführt, die den Besitz von gefährlichen Messern und anderen Waffen betreffen. Verbotene Messer konnten dort im Zeitraum von vier Wochen bis Ende September abgegeben werden,

Emma Salome Heideker

Wenn die Erinnerungen langsam bröckeln

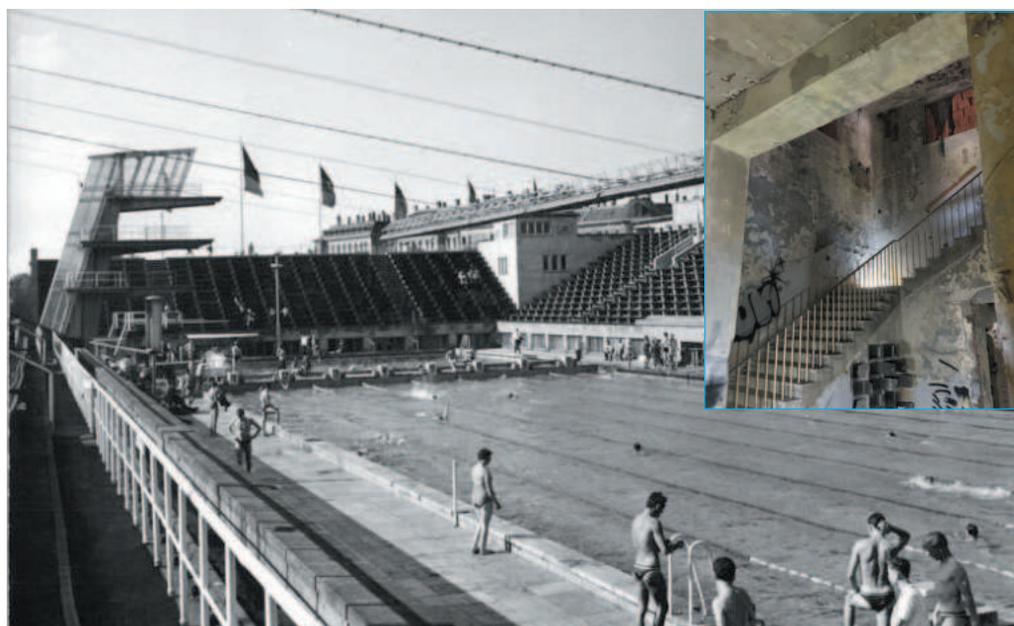
Leipzigs verlassenes Schwimmstadion auf dem Weg zu neuem Glanz

Das Gemäuer ist kalt. Ein leicht modriger, abgestandener Geruch liegt in der Luft. Bei jedem Schritt knistert es unter den Füßen – kleine Steinbrocken und Putzstücke bedecken den Boden. Nur wenige aufgestellte Lampen in den Ecken erhellen das dunkle Innere. Vom einstigen Glanz des Gebäudes ist nichts mehr übrig. Die letzten Jubelrufe sind in diesem Schwimmbad längst verklungen. Seit 25 Jahren werden die Hallen nicht mehr mit Leben gefüllt, eines Tages sollen sie Leipzigs neues Sportmuseum beherbergen.

Es ist ein besonders heißer Sonntag im September, an dem die Führung durch das verlassene Schwimmbad am Sportforum in Leipzig angeboten wird. Eine kleine Gruppe hat sich bereits vor den alten Mauern versammelt. Der schmale Bau ist braun und von Baugerüsten umgeben. Die Fenster sind mit Holzplatten verschlossen und verwehren den Blick ins Innere. Nur an einem Fenster fehlt der Sichtschutz. Ein kurzer Blick hinein und man ist sofort dankbar für die Bauhelme, die an die Besucher*innen verteilt werden. Die Sonne scheint knapp über die baufällige Fassade und beleuchtet den Rost, der bereits die Geländer des Komplexes angegriffen hat. Direkt vor dem Eingang liegt ein großer Parkplatz. Man würde kaum erwarten, an diesem Ort eine historische Sportstätte zu finden. Den einzigen Hinweis bieten mehrere Poster des Sportmuseums, die mit ihren bunten Farben in starkem Kontrast zum Gebäude stehen.

Blick in die Vergangenheit

Nach einer kurzen Ansprache des Museumsleiters strömen die in grellen Westen bekleideten Be-



Ein Blick in die Vergangenheit und Gegenwart (kleines Bild) des Schwimmstadions. Fotos: Heinz Koch/Bundesarchiv & Luisa Holzkamp

sucher*innen durch eine kleine Bautür ins Innere. Hinter der Fassade entblößen sich die Mauern des Schwimmstadions, das Anfang der 1950er Jahre gebaut wurde. Fast 50 Jahre wurde das Schwimmbad genutzt, bis es am 1. April 1999 geschlossen wurde. Es war nicht nur ein Freibad, sondern eines der bedeutendsten Wettkampfbäder der DDR. Eine Europameisterschaft im Jahr 1962 und zwei DDR-Meisterschaften in den Jahren 1972 und 1977 fanden in diesen Hallen statt.

„Das war gigantisch hier. Wirklich etwas Besonderes, vor allem für die DDR“, erzählt eine Zeitzeugin. Heute liegen in den schmalen Gängen der Baustelle Äste, Müll, eine Rotkäppchen-Sektflasche, und ein dreckiger Tennisball, der sich wohl im Stadion geirrt hat. Alle paar Meter muss man sich ducken, um den Gelän-

dem auszuweichen.

Damals verfügte das Schwimmbad über einen 10-Meter-Turm samt Sprungbecken, ein 50-Meter-Becken und ein weiteres Becken außerhalb des von den Tribünen erfassten Schwimmstadions. Sogar ein Fahrstuhl und eine Überdachung für die kalte Jahreszeit wurden dem Stadion hinzugefügt. Geblieben ist davon nur die Nordtribüne. Ab März 2004 wurden große Teile des Schwimmbads abgerissen. Ein Grund dafür war wohl auch der zunehmende Bedeutungsverlust des Stadions seit dem Bau der Schwimmhalle in der Mainzer Straße, die vor allem in Vorbereitung auf die Olympischen Spiele 1972 in München genutzt wurde.

Betritt man den Seiteneingang des Stadions, trifft man zunächst auf großzügige Treppen, die auf zwei Seiten zu der verbliebenen Tribüne hochführen. Die Mauern sind mit unzähligen Graffiti bedeckt, der Putz bröckelt an jeder Stelle, die Geländer rosten. Auffällig ist die kühle Luft, die auch an heißen Sommertagen in den Mauern bewahrt bleibt. Weiter im Inneren des Gebäudes verstärken sich die Eindrücke. Das Knistern unter den Füßen wird lauter. Kaum eine Fläche des Bodens ist frei von Schutt und Dreck. Auch der typische Geruch von altem Gemäuer wird intensiver. Ohne Scheinwerfer ist in den dunklen Räumen wegen der versiegelten Fenster links und rechts kaum etwas zu erkennen. Einige Besucher*innen tragen kleine Lampen bei sich. Blickt man nach oben, erkennt man die beeindruckende Höhe der Decken und eine weitere imposante Treppe, die ihren Charme gegen Grusel eingetauscht hat. Einige Gänge führen ins Schwarz – das Licht der Lampen ist nicht stark genug, um zu sehen, wohin sie führen.

Sportmuseum in der Gegenwart?

In der zweiten Etage erklärt Museumsleiter Aiko Wulff die nächsten Räume. Wo die Besucher*innen jetzt stehen, seien früher Büroräume gewesen – und könnten es bald wieder sein, meint er. Die Stadt Leipzig hat nach Prüfung mehrerer Standorte beschlossen, dass hier das neue Sportmuseum entstehen soll. Bis das Realität werden kann, muss allerdings noch viel geschehen. In den Gesprächen ist ein leichter Unmut des Museumsleiters nicht zu überhören. Die Planung für das neue Sportmuseum stockt. Bereits 2007 einigte sich der Leipziger Stadtrat auf das alte Schwimmbad als Standort. Ein Planungsbeschluss der Stadt fehlt noch immer. In 2020 standen zwei Millionen Euro an Fördermitteln bereit, doch diese konnten nicht verwendet werden, weil die Stadt die Sanierung noch nicht beschlossen hatte, so Wulff. Auch mit Architekturstudierenden der HTWK wurde schon zusammengearbeitet, um Konzepte zu entwerfen. „Reine Fantasieprodukte“, meint Wulff, „der Planungsrahmen fehlt noch komplett.“

Die Stadt teilte auf Anfrage mit, dass sich der Rahmenplan zum Stadionumfeld noch in der verwaltungsmässigen Abstimmung befindet. „Erst wenn festgelegt worden ist, wie und wann die Fläche Arena 2, zu der das Schwimmbad gehört, bebaut werden soll, ergeben sich neue Zeit- und Raumfenster für ein Sportmuseum.“ Im Haushaltsplan 2025/26 seien noch keine Mittel für ein Sportmuseum vorgesehen. Dabei hat der Oberbürgermeister bereits angekündigt, 200 Millionen Euro

in den „Rahmenplan Sportforum“, der den gesamten Bereich um das Schwimmbad umfasst, investieren zu wollen. Momentan steht die Planung so still wie das Gebäude selbst.

Die lange Verzögerung weckt bei den Besucher*innen auch die Sorge um den Zustand der Tribüne. Wulff berichtet von ein bis zwei Einbrüchen jährlich. Eine Besucherin, die gegenüber vom Bau wohnt, beschreibt eine andere Wahrnehmung. Bis die Polizei komme, müsse sicherlich auch viel passieren, meint sie. „Man sieht hier häufiger Taschenlampen aufblitzen.“ Equipment des Museums wurde bei einem Einbruch schon gestohlen. Der viele Müll, Plastikbecher und Verpackungen im Inneren des Gebäudes verstärken diesen Eindruck.

Ungewisse Zukunft

Eine weitere Besucherin, die das Schwimmbad zu DDR-Zeiten besuchte, erinnert sich noch lebhaft an die glänzenden Zeiten. Nicht nur den Profisport empfand sie damals als beeindruckend, sondern die ganze Atmosphäre. „Hier hat abends in der Nachbarschaft keiner geschlafen. Hier war immer etwas los und es gab viele Restaurants in der Gegend“, erinnert sie sich. Sie würde sich freuen, wenn wieder etwas aus dem Stadion gemacht würde. Zwischen der Red-Bull-Arena rechts und der Quarterback-Arena links gehen die bröckeligen Mauern unter. Auch der Museumsleiter ärgert sich über den aktuellen Zustand. Schließlich handle es sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude. In Vorbereitung auf die Fußball-Europameisterschaft diesen Sommer wurde es allerdings eingezäunt, weil es ein Schandfleck für die Stadt wäre, so Wulff.

Zurück im Tageslicht bleibt der Eindruck, dass sich in diesen Hallen Bedeutendes abgespielt hat. Leistungssport ist mit so vielen Emotionen verbunden, von Leidenschaft über Euphorie bis hin zur Trauer, dass die Mauern sich etwas davon bewahrt haben. Spaziert man einige Meter vom Schwimmbad weg, hört man die Trommeln und Trompeten aus der benachbarten Handballhalle. Sofort ist die sportliche Atmosphäre wieder spürbar. Wann aus dem alten Schwimmbad wieder Stimmen erklingen, bleibt ungewiss. Man kann nur hoffen, dass die Planung noch rechtzeitig voranschreitet, bevor der letzte Geist der Mauern abgebröckelt ist und die Chance vergeht, dieses Gebäude wieder zu beleben.

Luisa Holzkamp

Anzeige



NOV
27

DIE JOBMESSE FÜR STUDIUM & BERUF



HTWK Leipzig
Nieper-Bau

wik-l.de

Abgefahren!

Konto
eröffnen und
E-Bike
gewinnen



Jetzt ein Riese & Müller Carrye im Wert von 7.500 € gewinnen*, einfach im Aktionszeitraum bis zum 31.11.2024 das kostenlose GLS Girokonto 18-27 eröffnen, QR-Code scannen und an der Verlosung teilnehmen.



GLS Bank

*Der Gewinn ist nicht auszahlbar.

Durchblick in der Siegel-Landschaft

Informierte Kaufentscheidung statt Überforderung

Siegel sollen ersichtlich machen, welche Produkte nachhaltig oder umweltfreundlich sind. Dabei kann es schwer sein, sich zurecht zu finden, da es viele Kennzeichnungen mit unterschiedlichen Anforderungen gibt.

Die sogenannten TOP-Siegel sind weit verbreitet und werden nur von staatlichen Institutionen vergeben. Sie gelten für unterschiedliche Produktkategorien. Das Umweltbundesamt empfiehlt fünf TOP-Siegel: EU-Energielabel, Bio-Siegel, EU Ecolabel, Blauer Engel und den Grünen Knopf. Die Kriterien für die ersten drei Label gelten für die gesamte EU. Für den Blauen Engel und den Grünen Knopf werden die Kriterien in Deutschland festgelegt, allerdings werden sie auch für Produkte ausländischer Unternehmen vergeben. Das Umweltbundesamt hat eine Übersicht erstellt, die erklärt, welche verschiedenen Siegel und Zertifikate es für Lebensmittel gibt und welche Anforderungen sie erfüllen müssen.

Der Grüne Knopf kennzeichnet Kleidungsstücke, die Anforderungen im Bereich Umwelt und sozialer Gerechtigkeit erfüllen. Beispielsweise dürfen in der Herstellung keine gefährlichen Sub-

stanzen und Schadstoffe verwendet werden. Außerdem müssen die Unternehmen Mindestlöhne, Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit gewährleisten. Der Blaue Engel und das EU Ecolabel gelten für ganz unterschiedliche Alltagsprodukte wie Drogerieartikel, Textilien oder Schreibwaren. Sie vergleichen Produkte und Dienstleistungen der gleichen Kategorie untereinander. Diejenigen, die im Vergleich zu anderen am wenigsten belastend für die Umwelt sind, bekommen das Siegel. Das EU-Energielabel ist speziell für Elektrogeräte, wie beispielsweise Wäschetrockner und Fernsehgeräte vorgesehen. Sieben Kategorien geben an, wie energieeffizient ein Produkt ist. Sie sind durch Buchstaben von A bis G gekennzeichnet. Zusätzlich soll eine Farbskala bei der Orientierung helfen. Dabei ist dunkelgrün (A) sehr effizient, während rot gekennzeichnete Produkte (G) sehr viel Energie für wenig Leistung benötigen.

Lebensmittel sind für Verbraucher*innen besonders schwierig einzuordnen. Oft stehen irreführende Begriffe wie „nachhaltig“ und „umweltfreundlich“ auf den Verpackungen. Für die Vergabe dieser Begriffe gibt es keine Kon-



Der Grüne Knopf zählt zu den TOP-Siegeln.
Foto: Geschäftsstelle Grüner Knopf

trolle. Nur Produkte mit den geschützten Begriffen „Bio“ und „Öko“ erfüllen die Anforderung des Bio-Siegels. Am Bio-Siegel und EU-Bio-Logo können Verbraucher*innen diese erkennen. Die beiden Siegel gelten als identisch, da sich die Anforderungen nicht unterscheiden. Oft steht die Vergabe der Bio-Siegel in der Kritik, nicht anspruchsvoll genug zu sein. Bestimmte Marken haben daher eigene Verbandsvorschriften aufgestellt, die strenger als die EU-Bio-Vorgaben sind, wie beispielsweise Bioland, Naturland und Demeter. Sie möchten Lebensmittel herstellen, die noch mehr Rücksicht auf Tiere und Umwelt nehmen als das Bio-

Siegel verlangt. Allerdings kontrollieren die Verbände selbst, ob Hersteller die Anforderungen erfüllen. Es sind also keine unabhängigen Siegel.

Erik Gawel ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Uni Leipzig und auf Institutionenökonomie spezialisiert. Er weist darauf hin, dass ein Siegel immer nur bestimmte Aspekte eines Produkts bewertet: „Ein Siegel kann immer nur eine Facette eines Produkts aufgreifen und daher keine Gesamtbewertung abgeben“, sagt er. „Deswegen gibt es verschiedene Siegel, die allerdings Überforderung bei Verbraucher*innen auslösen. Vor allem wenn die Kennzeichnun-

gen widersprüchlich wirken. Beispielsweise wenn ein Produkt mit dem Bio-Siegel, aber Nutriscore D gekennzeichnet ist.“ Der Experte empfiehlt daher, sich mit der Bedeutung der Siegel auseinanderzusetzen. Nur, wer weiß, wofür ein Siegel steht, kann eine informierte Kaufentscheidung treffen.

„Vorteile im Wettbewerb sind der Hauptgrund, aus dem Hersteller sich für die Kennzeichnung entscheiden“, erklärt Gawel. Das gilt sowohl für die EU-Siegel wie auch die selbstvergebenen Siegel und die ungeschützten Begriffe. „Das Produkt soll bei den Kunden den Eindruck erwecken, nachhaltig zu sein. Das kann nicht nur die Produktwahl beeinflussen, sondern auch höhere Preise durchsetzbar machen“, meint Gawel. Viele Kunden seien bereit, für ein nachhaltiges Produkt mehr zu zahlen.

Dennoch hält Gawel einheitliche Kennzeichnungen für unerlässlich, da Produkte ansonsten nicht unterscheidbar seien. „Ideal sind verpflichtende Siegel, die auch transparent machen, wenn ein Produkt besonders umweltschädlich ist, wie beispielsweise die Kennzeichnungen beim Stromverbrauch“, findet Gawel.

Anne Burckhardt

Kochend Solidarität stärken

Zu Besuch bei einer ukrainischen Küfa in Leipzig

Küchen für alle (Küfas) sind eine kulinarische Praxis, die der Anonymität von Großstädten entgegenwirkt und Menschen zusammenbringt. Im Gespräch mit Iuhze-Redakteurin Rosa Burkardt erklären Ganna und Denys von der Radikal Kunst Force (RKF), wie ihre ukrainische Küfa abläuft und was ihnen dabei wichtig ist.

In Reaktion auf die Industrialisierung entstanden im 19. Jahrhundert die ersten Volksküchen. Dort konnten Arbeitende für wenig Geld eine warme Mahlzeit erwerben. Die erste Volksküche Deutschlands eröffnete 1849 am Wilhelm-Leuschner-Platz in Leipzig. Die Volksküche gilt als Vorläufer für die sich in den 80er-Jahren etablierenden *Volxküchen*. Mit der veränderten Schreibweise wollte man sich von einem nationalistisch geprägten Volks-Begriff abgrenzen. Das gemeinsame Essen wurde vor allem in linkspolitischen Kreisen genutzt, um politische Ziele umzusetzen.

Wen braucht es für eine Küfa?

Noch bevor die erste Küfa im Frühjahr stattfand, bildeten Ganna und Denys zusammen mit anderen Leipziger Ukrainer*innen das Kollektiv *Radikal Kunst Force*. Dabei haben sie ein konkretes Ziel: Spendensammeln für anti-faschistische, anarchistische und LGBTQ+ Soldat*innen an der ukrainischen Front. Einmal die Woche trifft sich das Kollektiv zum Plenum, unter anderem um die Gerichte für

die nächste Küfa zu besprechen. Einladungen zur Küfa werden über Telegram und Instagram geteilt. Jedes Mal mit dem Hinweis, dass Freiwillige beim Kochen mitmachen können. „Jeder der uns helfen möchte, ist sehr willkommen. Wir brauchen diese Unterstützung“, sagt Ganna. Viele der Freiwilligen sind zu einer Unterstützungsgruppe für das Team geworden und kommen regelmäßig zu den Küfas.

Wie läuft die Küfa ab? Was wird zubereitet?

Jeden zweiten Freitag ab 19 Uhr lädt das Kollektiv in die Eisenbahnstraße 125 zum gemeinsamen Essen auf Spendenbasis ein. Zubereitet werden traditionelle ukrainische Gerichte wie Borschtsch und Warениki. Wie bei vielen Küfas wird auch hier vegan gekocht. Mit Fleisch zubereitete Originalrezepte werden dementsprechend abgewandelt. Ukrainische Küche sei multikulturell und man wolle das ganze Spektrum abbilden, erzählt Ganna.

Wer kommt zum Essen?

Bei der Küfa begegnen sich junge wie alte Menschen aus ganz verschiedenen Kreisen und Stadtteilen Leipzigs. Denys beschreibt es außerdem als einen der Orte, der die gesamte ukrainische Diaspora verbindet. „Es ist wirklich etwas Besonderes für Ukrainer*innen in Leipzig. Es ist ein besonderes Zusammenkommen auch für andere

Menschen, um ein Teil unserer Treffen zu sein und Erfahrungen zu teilen und auszutauschen.“, sagt Denys. Für Ganna sind es vor allem die Freund*innenschaften, die das Projekt ausmachen.



Eine Küfa der RKF Foto: Ganna/RKF

Warum Küfa?

Über die Küfa Spenden zu sammeln, hat sich bewährt. Dabei ist dem Kollektiv Transparenz besonders wichtig. Mit Screenshots teilen sie ihrer Community mit, welche Beiträge an welche Organisation gespendet werden. Die Küfa bietet ein demokratisches Format, welches auf Vertrauen und Unterstützung baut, sagt Ganna. Außerdem sei sie eine Möglichkeit, sich und die eigene Kultur zu erklären. „Interessierte können auf uns zukommen und Fragen stellen, die wir gern beantworten“, ergänzt Denys.

In ganz Leipzig werden regelmäßig Küfas veranstaltet. Informationen und Einladungen findet man unter anderem über den Telegram-Kanal „Küfas in Leipzig“. Hier ist eine Auswahl von Küfas in Leipzig abgebildet. Wer Lust hat, mitzumachen, kann sich direkt an die Veranstalter*innen wenden.

Weitere Küfas in Leipzig

• **Kopfsalat Gästeservice**
Zeit: Dienstag | 20.00 Uhr
Ort: Stannebeinplatz

• **Japanisches Haus**
Zeit: Dienstag & Donnerstag | 19.00 Uhr
Ort: Eisenbahnstr. 150

• **Autodidaktische Initiative**
Zeit: Freitag | 19.00 Uhr
Ort: Georg-Schwarz-Str. 19

• **B12**
Zeit: Dienstag | 19.00 Uhr
Ort: Braustr. 20

• **Lixer**
Zeit: jeden zweiten Sonntag (ungerade KW) | 19.00 Uhr
Ort: Pörschnerstr. 9

Gestalte mit uns die Zukunft Sachsens

Wir sind die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB) – das Förderinstitut des Freistaates Sachsen. Mit rund 1.200 Mitarbeitenden an den Standorten Leipzig und Dresden unterstützen wir Privatpersonen, Vereine, Verbände, Unternehmen, Forschungsträger und Kommunen mit Zuschüssen, Darlehen und Bürgschaften.

Kurzum:

„Wir geben Ideen Kraft – für ein lebenswertes und zukunftsfähiges Sachsen.“

TRAINEEPROGRAMM:

Im Rahmen unseres 12- oder 24-monatigen Traineeprogramms erhältst du umfassende Einblicke in die verschiedenen Bereiche einer Förderbank. Du übernimmst Verantwortung, arbeitest an Projekten mit und entwickelst gemeinsam mit uns maßgeschneiderte Lösungen. Ein/e Mentor/-in begleitet dich während des gesamten Programms, und wir erstellen einen individuellen Entwicklungsplan, der auf deine Stärken und Interessen zugeschnitten ist.

Bist du dabei? Gestalte mit uns die Zukunft Sachsens!

Besuche unsere Karriere-seite und bewirb Dich jetzt.



Du hast Interesse an einer sinnstiftenden Tätigkeit? Du möchtest nicht nur Theorie, sondern praxisnah das Fördergeschäft der SAB kennenlernen und hautnah die Transformation unserer Wirtschaft miterleben?

Dann ist eine Tätigkeit als Werkstudent/-in oder Trainee (m/w/d) genau das Richtige für dich!

WERKSTUDENTENTÄTIGKEIT:

Als Werkstudent/-in mit 12 bis 19,5 Stunden pro Woche hast Du die Möglichkeit, parallel zu Deinem Studium erste Praxiserfahrungen zu sammeln. Du unterstützt unser Team bei vielfältigen Aufgaben und gewinnst wertvolle Einblicke in den Arbeitsalltag einer Förderbank. Individuelle Arbeitszeiten und die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, bieten dir die nötige Flexibilität, Studium und Praxis ideal zu verbinden.

KOLUMNE

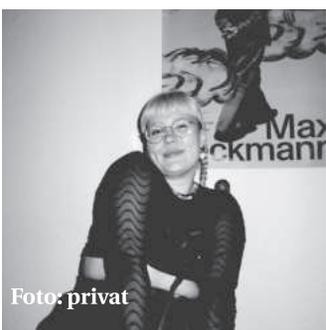


Foto: privat

Zukunftsangst

Ich habe Angst um meine Grundrechte. Davor, dass die Rechte, die ich als Frau habe, bald nur noch eingeschränkt existieren. Obwohl wir diese mit Blick auf die Geschichte erst seit einem Wimpernschlag haben. Nicht einmal hundert Jahre alt sind viele unserer gesetzlich festgeschriebenen Rechte. Wir dürfen zwar seit über hundert Jahren wählen, aber gleich vor dem Gesetz sind Mann und Frau erst seit 74 Jahren – und bis entsprechende Gesetze in Kraft getreten sind, hat es noch länger gedauert. Auch im Sport sah es dürrig aus. Erst seit 1970 dürfen Frauen wieder beim DFB mitmachen, nachdem ihnen das Fußballspielen 1955 von diesem verboten wurde. Ihre Karriere frei gestalten durften Frauen in der BRD sieben Jahre später, denn erst seit 1977 benötigen Frauen bei ihrer Berufswahl nicht mehr den Zuspruch ihres Mannes. Mit der beklemmende Fakt für mich: Erst vor 27 Jahren beschloss der Deutsche Bundestag, dass Vergewaltigungen in der Ehe strafbar sind. Besser spät als nie, scheint mir die treffende Redewendung. Nur leider weiß ich nicht, wie lange diese Grundrechte noch unangetastet bleiben. Denn seit diesem Jahr ist eine Partei in gleich drei Bundesländern stärkste oder zweitstärkste Kraft geworden, die für Rückschritt steht. Die Rede ist von der AfD. Das klassische Familienbild als Ideal und Mittelpunkt der Wahlkampagne und somit gegen arbeitende Frauen. Viel lieber sollen sie sich um die Kinder kümmern und Care-Arbeit in Abhängigkeit vom Ehepartner zum Beruf machen. Besonders Kinder will die AfD in Zukunft viel mehr haben. Das Land solle dadurch gestärkt werden – und neben einer erstarkten Tradition wird nach dieser Logik auch gleich das „Migrationsproblem“ gelöst. Eine Partei, deren Feindbild neben Flüchtlingen und Migrant*innen der Feminismus ist, ist nicht ohne Grund in Sachsen vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Ich habe Angst vor einer Partei, die in ihr Wahlprogramm schreibt, dass Kindergärten oder der Wunsch nach Individualität die Familie als Grundfessel der Gesellschaft untergraben. Angst davor, dass sich Vergangenes wiederholt.

Hannah Kattanek

Kommentar
zu Seite 10

Auferstehung aus Ruinen?

Das Schwimmstadion und die Abwertung von DDR-Architektur

Nach dem Ende der DDR wollte man sich so schnell wie möglich der Bauten des Realsozialismus entledigen. Diese Abwertung einer ganzen Epoche kulminierte im Abriss des Palasts der Republik 2008 und dem Nachbau des Berliner Schlosses.

Ganz so schlimm scheint es in Leipzig um das architektonische Erbe der DDR nicht bestellt zu sein. Der „Uniriese“ oder das Gewandhaus stehen noch. Der Umgang mit dem Anfang der 1950er Jahre erbauten Schwimmstadion am Sportforum zeigt jedoch die nach wie vor fehlende Anerkennung dieses Erbes. Obwohl man bereits 2001 das gesamte Schwimmstadion wegen seiner „architektonischen Bedeutung mit Seltenheits- und Erinnerungswert“ als Kulturdenkmal erfasst hatte, wurden 2004 im Zuge der Leipziger Bewerbung für die Olympiade große Teile des Stadions dem Erdboden gleichgemacht. „Mit dem Rück-

bau des Schwimmstadions schaffen wir Platz für eine weitere Aufwertung des Areals“ sagte damals Stadtbaurat Engelbert Lütke Daldrup.

Leipzig schied in der Vorrunde der Bewerbung aus und die Olympiade wurde in London ausgetragen. Wo früher Teile des Stadions standen, ist heute ein Parkplatz für die Besucher*innen der Red Bull Arena – nachhaltige Stadtplanung sieht anders aus. „Eine Bewahrung der gesamten Anlage war aufgrund mangelnder Nutzungsperspektiven und des schlechten Bauzustandes im Jahr 2003/2004 nicht mehr zumutbar, so dass leider dem Teilabbruch des Schwimmstadions zugestimmt werden musste“ heißt es aus dem Landesamt für Denkmalpflege Sachsen.

Seitdem wird die Nordtribüne, die vom Abriss verschont geblieben ist, dem Verfall anheimgegeben oder falls internationale Gäste kommen, wie zur Europameisterschaft 2024, in Plastik gehüllt und

als Werbefläche genutzt. Dabei wäre die EM die Möglichkeit gewesen, die Neueröffnung des 1991 geschlossenen Sportmuseums Leipzig zu feiern, dem bereits 2007 (!) die Nutzung der Nordtribüne zugesprochen wurde.

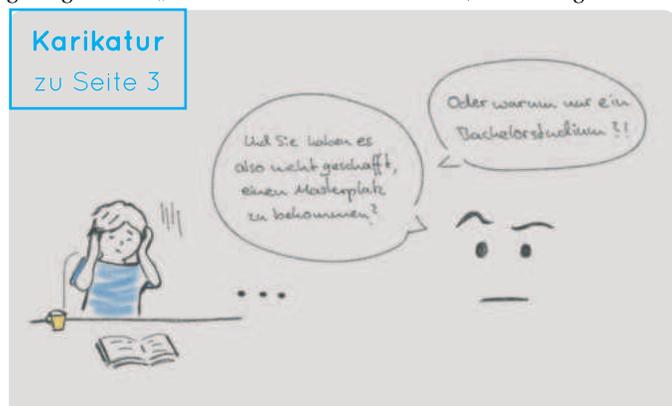
Als Einzugsdatum wurde das Jahr 2015 angepeilt. Seitdem gibt es zwar Pläne und auch Geld, ein konkreter Termin lässt aber auf sich warten. Die Mühlen der Bürokratie mahlen langsam. Hier bekommt man aber den Eindruck, dass sie sich gar nichts mehr bewegen. Fast ironisch, wenn man bedenkt, dass das Sportmuseum Teil eines „Campus in Bewegung“ werden möchte, wie es auf der Internetseite des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig heißt.

Die Stadt Leipzig schreibt auf ihrer Website: „Sport anders sehen und neu erleben“ ist das Motto der geplanten Dauerausstellung in einem neuen Domizil.“ Wer darauf nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten möchte, wird von

der Stadt mit der Ausstellung „Moderne Zeiten. Leipzig von der Industrialisierung bis zur Gegenwart“ im Alten Rathaus vertröstet, wo auf der zweiten Etage 27 (!) Themen abgehandelt werden, darunter auch drei mit Bezug zur Sportgeschichte Leipzigs. Die Reste des Schwimmstadions befinden sich in einem schlechten Zustand. Das Landesamt für Denkmalpflege spricht jedoch statt von einem sanierungsbedürftigen von einem „sanierungsfähigen Zustand“. Die Unfähigkeit seit nunmehr 14 Jahren dem Bau die notwendige Sanierung zukommen zu lassen und ihn adäquat zu nutzen, ist bedenklich. Dabei wäre die Sanierung beides: der Erhalt eines historischen Ortes als Teil der DDR-Architektur und die Schaffung einer würdigen Stätte für das Sportmuseum Leipzig. Bis zu dieser Auferstehung aus Ruinen bleiben wir der Zukunft skeptisch zugewandt.

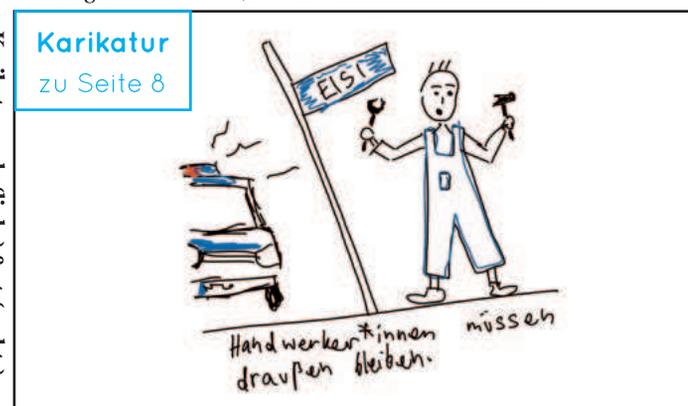
Leon Tiemeier

Karikatur
zu Seite 3



Der Bachelorabschluss: Ein zertifizierter Studienabbruch?

Karikatur
zu Seite 8



Keine Ausnahmen in der Waffenverbotszone.

Kommentar
zu Seite 2

Realitäten sind formbar

Wenn der Mindestlohn nicht recht mindestlohnt

Einen Stundenlohn von rund zwei Euro kann man sehr optimistisch als „symbolisch“ bezeichnen. Eine Arbeitsstätte, in der so ein Zustand Normalität ist, als „Rehabilitationseinrichtung“ zu bezeichnen, ändert nichts daran, dass Menschen dort eine Tätigkeit ausüben, die den Zweck erfüllt, einem Betrieb Profite einzubringen. Auf Kosten ebendieser Menschen. Nach diesem Prinzip funktioniert Lohnarbeit grundsätzlich in unserem Wirtschaftssystem. Der Mann mit dem weißen Bart, dessen Kopf heute in der Brückenstraße in Chemnitz steht, würde wahrscheinlich auch sagen, dass es sich hierbei um Ausbeutung handelt.

In Deutschland gibt es ein Mindestlohngesetz, um den Tausch von Zeit gegen Geld zu regulieren. Das „Mindest-“ in diesem Kompositum soll wohl ausdrücken, dass dieser eben das Mindeste ist, was eine Person in Deutschland für ih-

re Arbeit erhält. Dass es Menschengruppen gibt, die weniger Lohn für ihre Arbeit erhalten und der Mindestlohn trotzdem seinen Namen tragen darf, impliziert, dass die Betroffenen irgendwie einer „anderen Kategorie Mensch“ angehören.

Von da an geht es nur noch steil bergab: Aussagen über „erkrankte Kinder“, für die „natürlich eine stark eingeschränkte Lebensqualität“ zu erwarten wäre und unter deren Erkrankungen betroffene Eltern leiden würden, in einem Leitartikel zu „humaner“ Eugenik von Klaus Heckemann, dem ehemaligen Chef der kassenärztlichen Vereinigung Sachsens, kommen nicht irgendwo her. Genau solche Gedanken füttert man auch, indem man die Zeit von Menschen mit Behinderung noch mehr entwertet als die von Menschen, die als allgemein verwertbar gelten. Wozu werden die bunten Beutel voller funky Flyer, die auf all die

Möglichkeiten studentischen Engagements hinweisen, verteilt? Ist es nicht auch Ziel dessen, dass Studierende angeregt werden, sich zu engagieren?

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes teilt zum Thema Behinderung mit, dass in Deutschland nicht nur über Sonderschulen, die den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention nicht gerecht werden, sondern auch über Werkstätten Exklusiv-Orte für Menschen mit Behinderung existieren. „Viele Menschen gelangen nach dem Abschluss einer Förderschule automatisch in eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung“, heißt es weiter. Der Wechsel in den allgemeinen Arbeitsmarkt komme nur in circa 0,32 Prozent der Fälle zustande.

Ohne Widerstand wird das Thema von tragenden politischen Akteuren vermutlich in naher Zukunft nicht priorisiert. Die

Handhabung des Ersti-Beutel-Konflikts durch den Stura ist ein klarer (Zwischen-)Erfolg. Hier geht gleich zu Beginn ein Signal an alle, die in diesem Herbst hier ihr Studium beginnen: Leipzigs studentische Vertretungen sind instande, auf die Prozesse in der Universität einzuwirken, sie tun es und diskutieren nicht nur fruchtlos umher. Vielleicht ist das ein Hoffnungsschimmer in Zeiten der allgemeinen Demokratie-Verdrossenheit. Die Realität in Bezug auf Realitäten ist nämlich, dass sie selbstgemacht sind. Die gottgemachte Ständeordnung ist nicht mehr en vogue. Spätestens seit der Aufklärung wissen wir, dass wir Strukturen gesellschaftlichen Zusammenlebens aktiv formen können. „Zu weit entfernt von der Realität“ ist also kein tragendes Argument, sondern bedeutet nur, dass der Weg zum gerechteren Zustand ein bisschen weiter ist.

Caroline Tennert

9 Oktober
Mittwoch

Nacht der offenen Tür

Die „Runde Ecke“ war während der Montagsdemonstrationen 1989 der neuralgische Punkt, an dem immer die Gefahr einer gewaltsamen Eskalation bestand. Um dies zu verhindern, wurden jede Woche tausende Kerzen vor dem Haus und auf den Treppenstufen abgestellt.

Am Abend des Lichtfestes sind die original erhaltenen Räumlichkeiten der ehemaligen Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig geöffnet.

| Ort: Museum in der „Runden Ecke“
| Zeit: ab 19.00 Uhr

20 Oktober
Sonntag

Pilzführung im Auenwald

Mit Dr. Norbert Leubner, Pilzsachverständiger der Deutschen Gesellschaft für Mykologie e.V., geht es in den Wald! Mitzubringen sind Messer und Sammelkorb. Wer mit etwas Finde-Glück gesegnet ist, kann seine Ausbeute am Ende der Sammel-Tour mitnehmen.

Bis zum 18. Oktober ist die Anmeldung unter hallo@frauenkultur oder 0341 2130030 möglich.

| Ort: Frauenkultur e.V.
| Zeit: 10.00 bis 13.00 Uhr
| Teilnahmegebühr: 15,00€
10,00€ (ermäßigt)

24 Oktober
Donnerstag

Hands-on-Experience zum Themenbereich VR und Gaming mit Anselm Benedikt Hötte

Präsentation: Der 3DXR (3D und Extended Reality) Bereich der Audiovisuellen Werkstatt stellt zeitgenössische VR- und Computerspiele sowie grafische Anwendung zum Ausprobieren und Erfahren vor. In dieser Auftaktveranstaltung zur Nutzung des neuen Werkstattraums sollen Einblicke in immersive und ästhetisch beeindruckende Computerspielwelten, sowie die genutzten Technologien von 3D Computergrafik, Virtual und Augmented Reality geboten werden.

| Ort: HGB, Raum 2.25
| Zeit: 14.00 bis 17.00 Uhr

26 Oktober
Samstag

Brettspielenachmittag

„Mensch soll ja den Tag nicht vor dem Abend loben, aber vielleicht vor dem Nachmittag?“ Der Spieleabend verwandelt sich in diesem Jahr zum Spielenachmittag! Im Conne Island wartet eine große Auswahl an Brett- und Kartenspielen. Auch selbst mitgebrachte Lieblingsspiele sind willkommen!

| Ort: Conne Island
| Zeit: ab 15.00 Uhr

30 Oktober
Mittwoch

Rückgaben nach Australien - Gespräch in englischer Sprache

Vertreter*innen des Australian Institute of Aboriginal and Torres Strait Islander Studies und Älteste der Gemeinschaft der Warlpiri sind im GRASSI zu Gast, um eine Rückführung von Objekten nach Australien vorzubereiten. Im Gespräch stellen sie Australiens Rückführungsprogramm für Kulturgüter vor und sprechen über die Bedeutung dieses Prozesses für die Gemeinschaft der Warlpiri sowie über die Zusammenarbeit mit dem Museum.

| Ort: GRASSI Museum
| Zeit: 19.00 bis 21.00 Uhr

03 November
Sonntag

"Ach wie beneide ich immer Leipzig um seine Musik" (Clara Schumann)

LESUNG MIT MUSIK: Das Online-Portal Leipziger Frauenporträts, ein Projekt der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e. V. und des Referates für Gleichstellung, ist ein öffentlich zugängliches Compendium, das über die Leistungen und Lebenswege von historischen Leipzigerinnen Auskunft gibt. Im Rahmen einer Veranstaltung zum zehnjährigen Jubiläum des Portals werden fünf Frauen mit spannenden Biografien vorgestellt.

| Ort: Edvard-Grieg-Begegnungsstätte
| Zeit: 14.00 Uhr
| Eintritt: 10,00€ / 5,00€ (ermäßigt)

„Papan an Papan. Ein Leben in Postkarten“ - Matinee

Ausstellungseröffnung: Manfred von Papan, alias Papan (*1943), ist einer der bedeutendsten deutschen Cartoonisten. Seine Zeichnungen sind unverwechselbar. Vor einigen Jahren begann er, sich selbst Postkarten zu schreiben. Entstanden ist eine beachtliche Sammlung.

Deutsche Nationalbibliothek, Foyerpräsentation (2. OG)

24.11. 2024, von 11.00 bis 12.00 Uhr

09 November
Samstag

Freies Tanzen: Zeitgenössischer Tanz für Menschen mit und ohne Behinderung

Anliegen ist es, dass sich auch Menschen mit Behinderungserfahrungen und Interessierte im Zeitgenössischen Tanz erleben und begegnen können. Teilnehmen können Menschen mit und ohne Vorkenntnisse. Tänzer*innen und Tanzpädagog*innen der Freien Szene begleiten das Freie Tanzen und leiten es an.

| Ort: Soziokulturelles Zentrum "Die VILLA"
| Zeit: 10.00 bis 12.00 Uhr

14 November
Donnerstag

Konzert der Bläserakademie mit Studierenden und Lehrenden der Bläserklassen

Auf dem Programm steht die Serenade Nr. 2 A-Dur op. 16 von Johannes Brahms (1833-1897) und die Serenade c-Moll KV 388 („Nachtmusique“) von Wolfgang Amadeus Mozart (1756-1791).

Leitung: Prof. Diethelm Jonas

| Ort: HMT (Großer Saal)
| Zeit: 19.30 Uhr

Eingefärbte Termine sind kostenpflichtig.

15 November
Freitag

Keramikworkshop

Ein Nachmittag, um in die Welt des Tons einzutauchen und eigene Kunstwerke zu kreieren: ob Tasse, Teller oder Schüssel - der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Die Anmeldung ist per E-Mail an tutoren@studentenwerk-leipzig.de zwischen dem 05.11.2024 und dem 14.11.2024 möglich.

| Ort: Werk 2
| Zeit: 16.00 bis 18.00 Uhr
| Anmeldegebühr: 5,00€

27 November
Mittwoch

Bingo! Feierabend im Museum

Die Kultkneipe „Weiße Roß“ wurde 2022 geschlossen. Das Museum hat sie in Teilen übernommen und wieder aufgebaut.

Im November wird der GRASSI-Museumskneipe im Bonvenon-Raum Leben eingehaucht. Die Gäste erwartet ein Bingoabend: Spannende Gewinne und kultige Getränke sorgen für gute Unterhaltung. Ein Bingo-Los kostet 2,00€.

Die Veranstaltung ist barrierearm zugänglich.

| Ort: GRASSI Museum
| Zeit: 18.00 bis 20.00 Uhr

02 Dezember
Montag

Open-Stage-Abend

Für alle die Lust auf Musik haben oder selbst vor Publikum spielen wollen, gilt es, einfach das Instrument auszupacken und loszulegen.

Achtung: Zur Anmeldung bei der Open-Stage wird ca. 18.30 Uhr eine Liste bereitgestellt, in die man seinen Auftritt eintragen kann.

| Ort: Soziokulturelles Zentrum "Die VILLA"
| Zeit: 19.00 bis ca. 22.00 Uhr

05 Dezember
und

Das Verhältnis zwischen (Kuh-)Göttinnen und König

Die Hathorkuh war eine der bedeutendsten Göttinnen des Alten Ägypten. Reliefs, Malereien und plastische Darstellungen zeugen von ihrer Wichtigkeit und geben einen Einblick in die Vielseitigkeit ihrer Rollen und Funktionen. Im Vortrag wird ein Überblick über die Bedeutung von (Kuh-)Göttinnen insbesondere in Hinblick auf den König gegeben und erklärt, wo und wie sich diese auf Objekten der Leipziger Sammlung widerspiegeln.

| Ort: Campus Augustusplatz, HS. 8
| Zeit: 18.00 bis 19.30 Uhr

DANKESCHÖN!

Für die außerordentliche Unterstützung unseres Crowdfunding-Projekts möchten wir uns ganz besonders bedanken bei:

Carl Ziegner (Abonnant des „Smoothie“-Pakets)

Familie Meller (Abnontin des „Smoothie“-Pakets)

IMPRESSUM

Luhze
Leipzigs unabhängige Hochschulzeitung
Lessingstraße 7
04109 Leipzig
Telefon: 01573 3178801
E-Mail: chefredaktion@luhze.de

Online: www.luhze.de
Twitter: @luhze_leipzig
Instagram: luhze_leipzig
Facebook: luhzeLeipzig

Auflage: 10.000 Stück

Druck: MZ Druckereigesellschaft mbH
Fiete-Schulze-Straße 3
06116 Halle (Saale)

Herausgeber: Luhze e.V.
anzeigen@luhze.de
Luise Mosig und Franz Hempel
Geschäftsführerin: Julia Nebel

Anzeigen:
Isabella Klose
anzeigen@luhze.de
Preisliste 08/2024

Crowdfunding: Hannah Kattanak,
Caroline Tennert, Jonas Pohler (jp)

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):
Eric Binnebösel (eb), Hannah Kattanak
(hk), Caroline Tennert (ct) (stell.)

Ressortleitung:
Hochschulpolitik: Caroline Tennert (ct)
Perspektive: Hannah Marlene Göschel (lg)
Leipzig: Hannah Kattanak (hk)
Wissenschaft: Maurice Mühlberg (mm)
Klima: Annika Franz (af)
Rätsel: Isabella Klose (ik)
Thema: Hannes Ulrich (hu)
Kultur: Elisa Pechmann (ep)
Sport: Eric Binnebösel (eb)
Service: vakant
Kalender: Caroline Tennert (ct)
Foto: Vincent Frisch (vf)
Grafik: Felix Schneider (fs)
Campuskultur: Rosa Burkhardt (rb)
Interview: Isabella Klose (ik)
Reportage: Margarete Arendt (ma)
Film: Jonas Pohler (jp)
Sonntagskolumne: Alicia Opitz (ao)

Redaktion: Maximilian Bär (mb), Anne Burkhardt (ab), Daniel Emmerling (de), Dennis Hänel (dh), Sophie Heinen (sh), Luisa Holzkamp (lh), Greta Ridder (gr), Ebel Hohl (eh), Johanna Klima (jk), Julia Nebel (jn), Danielle Krämer (dk), Lisa-Naomi Meller (lnm), Adefunmi Olanigan (ao), Michelle Schreiber (mis), Martin Schroeder (ms), Laura Schenk (ls), Natalie Stolle (nst), Albert Lich, Anne Grunert, Antonia Bischoff (ab), Conn Heijungs, Hans Jachmann, Janne Colbow, Johannes Rachner, Jonas Kilb (jk), Jörn Salzwedel (js), Leen Neumann, Leo Stein, Leonie Beer, Magdalena Weingart (mw), Paulina Maerz, Sarah El Sheimy

Geschäftsbedingungen:

Alle Rechte und Irrtümer vorbehalten. Die Zeitung und die in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck oder Vervielfältigung (auch auszugsweise) ohne Genehmigung des Herausgebers sind mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle verboten. Die Redaktion behält sich das Recht auf Veröffentlichung und Bearbeitung von unverlangt eingesandten Manuskripten und Fotos vor und übernimmt keinerlei Haftung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion. Erfüllungsort, Gerichtsstand und Vereinsregister ist Leipzig. Die Zeitung erscheint monatlich (Ausnahme: Semesterferien) und ist kostenlos. Den Autor*innen ist es freigestellt, in ihren Texten mit

Auf die Plätze, fertig, los!

Wer holt sich die Goldmedaille?

Die Olympischen Sommerspiele 2024 sind zwar schon vorbei, doch wie heißt es so schön: Nach Olympia ist vor Olympia. Im Folgenden haben wir sieben aktuelle oder ehemalige Sportarten/Disziplinen des Sportevents als Emojis dargestellt. Erratet ihr sie, ergeben die markierten Buchstaben ein Lösungswort. Kleiner Tipp: Die Lösung hat etwas mit der Leipziger Laufszene zu tun. Passend dazu verlosen wir vier Gutscheine vom Leipziger Laufladen. Und noch ein Hinweis: Umlaute werden als Umlaute geschrieben!



Lösungswort: _____

WIR VERLOSEN:

4x1 Gutschein
im Wert von 15 Euro
vom Leipziger Laufladen

Um zu gewinnen, schickt uns das Lösungswort bis zum 31. Oktober 2024 an gewinnspiel@luhze.de.

Disclaimer: Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Gewinner*innen bestimmt ein Zufalls-generator. Wir verwenden eure Daten nur fürs Gewinnspiel. Redaktions- und Vereinsmitglieder von luhze sind vom Gewinnspiel ausgeschlossen.



Foto: Leipziger Laufladen

Kleinstanzeigen:

In eigener Sache

Unsere Zeitung wird im kommenden akademischen Jahr nicht wie gewohnt mit vier Ausgaben pro Semester erscheinen. Stattdessen wird es je zwei Printausgaben im Semester geben.

Der Grund dafür: Obwohl es auf diese Ausgabe im Speziellen nicht zutrifft, ist die Finanzierung der Zeitung aus dem Anzeigengeschäft heraus in den vergangenen Jahren zunehmend schwieriger geworden. Steigende Druckkosten und die seit der COVID-19-Pandemie angespannte Wirtschaft haben uns nun dazu bewogen, Redaktion, Format und Finanzierung neu zu denken.

Ein großer Dank: Als der Druck der letzten Juli-Ausgabe auf der Kippe stand, hat uns die Leser*innenschaft kurzfristig durch großzügige Spendenbereitschaft unterstützt. Für diesen Rückhalt sind wir nach wie vor dankbar und freuen uns weiterhin über Spenden oder Steady-Abonnements.



Ein Ausblick: Um die Zeitung zukunftsfähig zu gestalten, wollen wir außerdem unseren Online-Auftritt noch weiter ausbauen und dabei ganz neue Formate erschließen. Stay tuned!

Maskottchen der Ausgabe



Eric's Ninja-Matroschka-Familie. Schauen immer freundlich aus, sind aber stark bewaffnet. Anfassen auf eigene Lebensgefahr.

*Eddi,
wir lieben
dich!*

Die Auferstehung

Glasgedicht 2.1: Gipfelglück

Von den blauen Bergen komme ich
Immer umarmt vom Horizont
In Sachsen ist die Erde flach
In Sachsen ist der Himmel leer
Man vermisst die Berge

Kehrt in die Berge zurück und steigt auf
Kämpft gegen Straßenwinkel
Bleibt schwer atmend stehen
Ach ja, das ist ja anstrengend
Sowas vergisst man leicht

*Willkommen an
der Uni Lucca*

**Nomo,
wir vermissen
dich!**

Du hast Lust, unabhängigen Hochschuljournalismus in Leipzig mitzugestalten? Dann mach doch mit!

Komm gerne zu einer unserer Redaktionssitzungen, die immer **mittwochs um 19 Uhr** in der Lessingstraße 7 (im 3. Stock der „Villa“) stattfinden, oder schreib uns eine E-Mail an: chefredaktion@luhze.de
Wir freuen uns auf dich!

Eilmeldung
luhze-Chefredakteur E. Binnebösel (21) plant angeblich seinen Rücktritt, um für das aktuelle luhze-Gewinnspiel teilnahmeberechtigt zu sein. Nach übereinstimmenden Medienberichten ist er ein passionierter Läufer.

Die Lösung des Juli-Rätsels: (1) Garmelleischparty, (2) Niveaulimbo, (3) Smombie, (4) Eggsurten, (5) Ehrenmann/-frau, (6) Guttenbergen